

# Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 9. Dezember 2000

111. Jahrgang Nr. 31.279

## Die Heimkehr von Alvarez

Mehrere Wochen lang war Carlos „Chacho“ Alvarez politisch verschwunden. Nach seinem überraschenden Rücktritt als gewählter Vizepräsident, eine bis heute ungeklärte politische Handlung, meldete sich Alvarez weiter in der Öffentlichkeit mit eigenartigen Pressekonferenzen in der Kaffeestube „Varela Varelita“ unweit seiner Wohnung in Palermo.

Dort kündigte Alvarez seine politische Absicht an, eine neuartige landesweite Bewegung von Universitätsstudenten zu gründen, die sich verpflichten müssten, keinerlei Wahlämter anzustreben. Daraus wurde bisher nichts. Das Vorhaben führt sicherlich nirgends hin.

Ermüdet nach monatelanger Spannung durch die täglichen Erklärungen in den Medien und die Querelen im Senat, die Alvarez als dessen verfassungsmässiger Vorsitzender bewirkt hatte, reiste er nach Brasilien zur Entspannung. Nach seiner Rückkehr meldete er sich abermals gelegentlich in den Medien, liess sich als Tennisspieler fotografieren, bemühte sich um Kontakte mit der Regierung, insbesondere mit Wirtschaftsminister José Luis Machinea, und kündigte seine Heimkehr in die Landespolitik an. Der Kontakt mit seinem damaligen Formelpartner, Präsident Fernando de la Rúa, wurde ebenfalls wieder hergestellt.

Alvarez ist nämlich nach wie vor Parteichef des Frepaso, wie sich die Sammlung mehrerer linksperonistischer, sozialistischer, christlich-demokratischer und sonstiger Gruppen im Kürzel bezeichnet. Frepaso soll heissen: „Frente para el País Solidario“, also Front für ein solidarisches Land, wobei die Solidarität des Landes dem Beitrag der Partei des damaligen Präsidentschaftskandidaten José Octavio „Pilo“ Bordón entstammte, den Alvarez 1995 im Wahlkampf gegen Präsident Menem als Kandidat für die Vizepräsidentschaft begleitete.

Bordón trat nachher aus dem Frepaso aus, aber der Name als Kürzel blieb. Beide, Bordón und Alvarez, waren aus der Justizialistischen Partei ausgetreten. Bordón ist inzwischen heimgekehrt und wirkt als Erziehungsminister der justizialistischen Regierung der Provinz Buenos Aires, die die meisten Schulen, Lehrkräfte und Schüler im ganzen Land verwaltet.

Nach mehrwöchigen Überlegungen hat Alvarez offenbar eingesehen, dass er eindeutiger Verlierer wäre, sollte er aus dem Frepaso aussteigen

### Randglossen

**Als ob es nichts Dringlicheres in der Landespolitik gäbe, wartet Expräsident Carlos Saúl Menem als Vorsitzender der Justizialistischen Partei mit einem Vorschlag zur abermaligen Verfassungsreform auf. Menem und sein Vorgänger Alfonsín hatten 1993 den Verfassungspakt zwecks Wiederwahl des amtierenden Präsidenten, Direktwahl des Regierungschefs und seines Stellvertreters, dritten Senators je Gliedstaat, autonome Stadt Buenos Aires und anderen Reformen vereinbart, die in der Verfassungsnovelle von 1994 über die Bühne liefen. Jetzt plädiert Menem für die Abschaffung des Vizepräsidenten und des dritten Senators, die Wiederherstellung der indirekten Ernennung des Präsidenten durch Wahlmänner, die Aufhebung der Wahlpflicht und der Kandidatenlisten für die Deputiertenkammer sowie künftige Verfassungsreformen durch einzelne Novellen. Von diesen Reformen, die eine gewählte Konstituante verabschieden muss, erhofft sich Menem eine bessere Regierungsführung. Mit den gleichen Politikern?**

Die Allianz-Regierung wird dem Oppositionsführer Menem nicht den Gefallen tun, auf seine Empfehlung für die Einberufung einer Konstituante einzugehen. Im Senat dürfte kaum eine Bereitschaft bestehen, den dritten Senator abzuschaffen, der freilich völlig überflüssig und besonders kostspielig ist. Ob Wahlpflicht gilt oder jeder Bürger den Urnen fernbleiben darf, ist freilich unwichtig. Der Vizepräsident entpuppt sich ebenfalls als überflüssig, wie unter Menem und De la Rúa gezeigt wird, die ohne Formelpartner regieren. Verfassungsnovellen ohne Konstituante, lies mit hohen Abstimmungsmehrheiten im Kongress, verleiten allemal zu waghalsigen Experimenten gefährlichen Ausganges, während die indirekte Präsidentenwahl durch Wahlmänner wie weiland in Argentinien und immer noch in USA gegebenenfalls Kompromisse ermöglicht, wo klare Mehrheiten fehlen. All das ist freilich reine Verfassungstheorie, weil der Kongress keine Zweidrittelmehrheit für die Einberufung einer Konstituante aufbringen kann.

oder diesen Koalitionspartner der radikalen UCR in die Opposition führen. Ohne die Koalition sind beide Parteien dazu verurteilt, im kommenden Oktober haushoch gegen die Justizialisten zu verlieren, kleinen Drittparteien abweichende Stimmen zuzuführen und sich selber als gescheitertes Koalitionsexperiment zu erkennen. Nur wenn UCR und Frepaso bei der Stange bleiben, dürfen sie erwarten, echte Wahlgegner der Justizialisten zu sein, wer immer von beiden Volksparteien die Parlamentswahlen von 2001 schliesslich gewinnt.

Argentinien erlebt seit Ende 1999 das erste politische Experiment seiner Geschichte als Koalitionsregierung zweier Parteien. Die Allianz-internen Spannungen mit einer Koalition werden dabei deutlich zur Schau gestellt, wenn man beobachtet, dass bereits drei sozialdemokratische Deputierte des Frepaso aus der Allianz-Fraktion ausgetreten sind, dass die Christdemokraten den Frepaso verlassen haben und dass mehrere Abgeordnete des Frepaso gegen die Haushaltsvorlage der Exekutive gestimmt haben, insbesondere den Paragraphen zu Fall gebracht haben, der eine Reform der Staatsverwaltung zulies.

Offensichtlich fehlt es dem Frepaso an einer echten politischen Führung, die Alvarez offenbar wieder übernehmen will. Hierfür wird er mit neuen Vorschlägen aufwarten, die angeblich sowohl die Wirtschafts- als auch insbesondere die Sozialpolitik betreffen sollen. Damit soll signalisiert werden, dass der Frepaso grundsätzlich bei der Koalitionsstange bleibt, auch wenn es Abweichler und Abspaltungen geben mag. Der politische Weitblick auf die nächstjährigen Parlamentswahlen im ganzen Land, namentlich die erstmals vom Volk zu wählenden drei Senatoren je Gliedstaat, dürfte diese Heimkehr von Alvarez in die Landespolitik entscheidend beeinflussen.

Ohne die Koalition gilt das wahlpolitische Aus für den Frepaso, dessen Parteien und Gruppen sich wie weiland Jahrzehnte lang alle sozialistischen Parteien wieder spalten werden und keinerlei Einfluss auf die Geschehnisse ausüben können. Aus diesem Dilemma muss Alvarez die Konsequenzen ziehen. Will er weiter in der Landespolitik mitmischen, muss er den kleineren Partner der Allianz, nämlich den Frepaso, führen und gelegentlich entscheiden, welches Amt ihm möglicherweise hierfür zusagt. Sonst wird ihm das Schicksal aller Spitzenpolitiker blühen, die vorzeitig ausscheren, Dankeschön sagen und vergessen werden.

### PJ stimmt Haushalt 2001 zu

Bei einem nächtlichen Treffern in der Präsidentenresidenz von Olivos haben sich Allianz-Regierung und Opposition in der Nacht auf Donnerstag auf den Haushalt 2001 geeinigt. Bei einer Unterredung zwischen Präsident Fernando de la Rúa, Wirtschaftsminister José Luis Machinea und dem PJ-Fraktionsvorsitzenden im Senat, Losé Luis Gioja, einigten sich beide Seiten auf die Verabschiedung des umstrittenen Projektes durch den Senat.

„Der Haushalt entspricht der sozioökonomischen Situation, in der sich das Land befindet“, erklärte UCR-Senator Juan Carlos Altuna (Chubut). Er sieht für 2001 Ausgaben von insgesamt knapp 52 Mrd. Pesos sowie bei einem angenommenen Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent ein Fiskaldefizit von 6,4 Mrd. Pesos vor. Die Verabschiedung des Haushaltes im Kongress ist Bedingung für einen rund 20 Mrd. Dollar umfassenden Kredit des Internationalen Währungsfonds IWF.

Als Zustimmung wurden dem PJ vor allem auf Provinzebene einzelne Zugeständnisse gemacht. So sollen etwa die Erdgassubventionen für Patagonien von 100 Mio. Pesos in Zukunft gänzlich von den Gouverneuren (bislang nur zu 40 Prozent) verwaltet werden. Auch sollen die Provinzen aus den Steuerrückerstattungen 150 Mio. Pesos sowie insgesamt 60 Mio. Pesos (bisher 40) zur Finanzierung von Rentenkassen erhalten.

Bereits Ende November hatte die Regierung im so genannten Fiskal-pakt mit den peronistischen Gouverneuren den Provinzen 225 Millionen Pesos für Sozialprogramme in Aussicht gestellt.

# De la Rúa in Costa Rica

## Ehregast bei der SICA-Konferenz zentralamerikanischer Staaten

Nach mannigfachen Ehrbekundungen und Anerkennungen hat Präsident Fernando de la Rúa am Dienstag einen zweitägigen Staatsbesuch in Costa Ricas Hauptstadt San José beendet, wo er als Ehregast an der Konferenz zentralamerikanischer Staaten teilgenommen hatte. Zudem nutzte de la Rúa nach eigenen Worten das XXI. Gipfeltreffen des Systems der zentralamerikanischen Integration (SICA) als „hervorragende Gelegenheit zur Festigung der Bindungen mit den mittelamerikanischen Staaten“. Zur SICA gehören El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama und Costa Rica. Als assoziierte Beobachter fungieren Belice und die Dominikanische Republik.

Der Visite de la Rúas, der von Außenminister Adalberto Rodríguez Giavarini und Justizminister Jorge de la Rúa begleitet wurde, war der erste eines argentinischen Präsidenten in Costa Rica. Höhepunkt war de la Rúas Besuch des Interamerikanischen Gerichts-



De la Rúa und Amtskollege Miguel Ángel Rodríguez am Montag in San José.

(AP-Foto)

hofes für die Menschenrechte, wo er mit dessen Präsident Antonio Coñado Trindade zusammentraf. Das Thema der La Tablada-Häftlinge, zu dem der Gerichtshof Auflagen erteilt hatte, wurde nach offiziellen Angaben jedoch nicht

besprochen.

Am Rande des SICA-Treffens verlautete jedoch, dass der nicaraguanische Ex-Präsident und heutige Präsidentschaftskandidat Daniel Ortega in wenigen Tagen Buenos Aires besuchen wolle. Ei-

ner der Gründe der Reise ist demnach Ortegas Interesse für das Schicksal der La Tablada-Häftlinge.

Am Dienstag unterschrieben de la Rúa und rund 50 Unternehmer Costa Ricas ein Abkommen in Höhe von 20 Millionen Dollar zur Ankurbelung gegenseitiger (Direkt-) Investitionen. Im Anschluss unterzeichnete de la Rúa an der Seite seines costaricensischen Amtskollegen Miguel Ángel Rodríguez im Regierungsgebäude „Casa Presidencial“ die gemeinsame Abschlusserklärung des Gipfels mit 40 Punkten und vier Abkommen. Darin verpflichteten sich die Länder in einer so genannten „Demokratie-Klausel“ zur Einhaltung der Menschenrechte. Die SICA-Staaten forderten u.a. in dem Dokument die Regierungen Argentiniens und Großbritanniens auf, „in absehbarer Zeit die Verhandlungen zur Erreichung einer umgehenden Lösung des Disputs um die Malwinen wieder aufzunehmen“.

# Große Ausgaben ohne Effizienz

## Fernández Meijide über Sozialhilfe in den Provinzen

Sozialministerin Graciela Fernández Meijide führt ihren Konflikt mit den PJ-Gouverneuren darauf zurück, „dass nicht alle Provinzen ihre sozialen Ressourcen in adäquater Form geordnet haben“. „Jeden, der (Provinz-) Kassen in Ordnung bringen will, werden die hauen“, sagte Fernández Meijide unter der Woche in einem Interview mit der Zeitung „Clarín“.

„Seit 1992 übermittelt die Nationalregierung die Mittel an die Provinzen. Diese müssen auf Sonderkonten deponiert werden, damit niemand sich an ihnen für andere Zwecke vergreift. Es gibt jedoch Provinzen, die das Geld in ihre allgemeinen Kassen übernommen haben“, kritisierte die einzige Ministerin des Frepaso in der Allianz-Regierung. Dies sei nicht effizient. Gleichzeitig gab Fernández Meijide zu, dass es ihr nach einem Jahr im Amt nicht gelungen sei, die „politisch motivierte Bevorzugung“ Einzelner und Benachteiligung Anderer abzuschaffen. Beides sei in vielen Gemeinden im ganzen Land weiter gängige Praxis.

Die Ministerin erklärte, dass im kommenden Jahr der „Solidaritätsplan“, für den mehr als 50 Millionen Pesos bereitstünden und in dessen Rahmen 100.000 Familien mit mehr als 400.000 Personen für die Betreuung vorgesehen sind, „massiv“ gestartet werde. Der Plan soll Menschen mit „necesidades básicas insatisfechas“ (NBI, ungedeckten Grundbedürfnissen) unterstützen, von denen es entsprechend einer Untersuchung der Staatlichen Statistikbehörde derzeit in Argentinien 7,4 Millionen gibt. Der Plan soll mit den Ministerien für Bildung und Gesundheit koordiniert werden, die ebenfalls Mittel beisteuerten, so die Ministerin.

Hinsichtlich des Erfolgs der zusammengefassten Pläne für Arbeit, Lebensmittel und Entwicklung versicherte Fernández Meijide, dass man die Entscheidung über das „Wie“ der Verteilung zentralisieren und diese dann in Richtung der Gemeinden dezentralisieren müsse. „Dagegen“, so die Ministerin, „sträubt sich niemand.“

Auf die Frage, ob sie nach einem Jahr im Amt zufrieden sei, versicherte Fernández Meijide, das sei man nie. „Wir müssen das viel besser machen und in Zusammenarbeit mit anderen Ministerien.“ Es könne nicht sein, dass „so viel Geld“ ausgegeben, aber wenig getan wird.

Hinsichtlich der Korruptionsvorwürfe gegen viele Politiker verwies die Ministerin auf das zentrale Register der Nutznießer. „Wenn ein Parlamentarier seinem Neffen eine monatliche Zuwendung zukommen lassen will, der bereits 1500 Pesos Gehalt hat, so kann er das. Das ist ein Jammer“, sagte Fernández Meijide.

Diese Zuwendungen könne man nicht einfach abschaffen, da sie auf Gesetzen beruhen. „Die Abgeordnetenkammer konnte sich noch nie über eine Abstimmung zur Abschaffung einigen. Dazu müsste man das ganze System ändern und das wird man nie können, selbst mit einer Diktatur nicht.“

# Noch mehr Sand am Meer

An der Schwelle des Jahres 2001 und ungeachtet der neuen Sicht und Gestaltung vieler akademischer Fächer sind für Universitätsanwärter in Argentinien immer noch die alten, traditionellen Studiengänge die attraktivsten. Nach Angaben der grössten Universität des Landes, der Universidad de Buenos Aires (UBA), stehen für die angehenden Akademiker wie schon in den vergangenen Jahren und trotz schlechter Anstellungsaussichten weiterhin die traditionellen Fächer Jura, Medizin, Psychologie und Wirtschaftsprüfung - in dieser Reihenfolge - ganz oben auf der Hitliste.

„Die herkömmlichen Studiengänge sind nach wie vor am meisten gefragt“, sagt der Akademische Sekretär des Ciclo Básico Común (CBC, Allgemeiner Grundkurs) an der UBA, Eduardo Laplagne. Die Fächerwahl trotz schlechter Berufsaussichten - und auf den ersten Blick entgegen aller Vernunft - erklärt Laplagne damit, dass „die jungen Leute“ nach der Sekundarschule völlig desorientiert seien, keinerlei Studieninformationen hätten und darüber hinaus das reale Arbeitsangebot nicht kennen.

Dementsprechend wollen von den kommenden Erstsemestern an der UBA elf Prozent Jura studieren, 10 Prozent Medizin und rund neun Prozent Psychologie - obwohl es Akademiker dieser Fachrichtungen bereits „wie Sand am Meer“ gibt. Da passt es ins Bild, dass laut einer Umfrage unter den UBA-Studenten 57 Prozent nicht daran glauben, im angestrebten Berufsfeld eine Anstellung zu finden.

# Nun auch Frepaso mit Renten-Projekt

## Dritte Position zur umstrittenen Reform der Altersversorgung

Die Frepaso-Abgeordneten María América González und Alfredo Villalba haben am Dienstag ein alternatives Projekt für die Reform der Altersversorgung präsentiert. Damit gibt es jetzt neben dem offiziellen Regierungs-Vorhaben und dem PJ-Gegenvorschlag im Kongress drei Initiativen zur umstrittenen Reform der Altersversorgung.

Das offizielle Vorhaben der Allianz-Regierung annulliert das öffentliche System, dehnt das Rentenalter der Frauen auf das 65. Lebensjahr aus, um zum vollen Anrecht auf die Leistung zu kommen und schafft die Prestación Básica Universal (PBU, Allgemei-

ne Grundleistung), die vom Staat garantierte Grundleistung ab, die mehr als 600 Pesos Rente erhalten. Die Rentner, die weniger beziehen, erhalten eine „Prestación Suplementaria“ (Zusätzliche Leistung), nach dem Schema „je weniger Rente, desto mehr Zulage“.

So soll ein Pensionär, der nur 100 Pesos bezieht, 200 Pesos der zusätzlichen Leistung erhalten, um die zukünftige Mindestrente von 300 Pesos zu erreichen. Die radikalen Abgeordneten treten für die Verabschiedung des Projektes ein, wollen aber die Abschaffung der PBU nur für zukünftige Renten über 1.000 Pesos.

Das Projekt von González-Vil-

alba, das die Unterstützung der Frepaso-Fraktion hat, hält hingegen an der Leistung der PBU aufrecht, die heute 200 bis 230 Pesos beträgt und auf die sowohl die im staatlichen System als auch die bei den AFJP Versicherten Anspruch haben. Auch das Öffentliche System soll bestehen bleiben und dem Arbeitnehmer außerdem die Möglichkeit bieten, zwischen dem staatlichen System und den AFJP zu wählen.

González-Villalba wollen Frauen den Gang in die Rente optional zwischen dem 60. und 65. Lebensjahr zugestehen, jedoch mit der Möglichkeit und mit dem Recht auf PBU und andere Ver-

günstigungen. Das Projekt schließt weiter das Recht für unentschlossene Arbeitnehmer ein, die einer AFJP zugeschlagen wurden, sich innerhalb von 180 Tagen wieder im öffentlichen System registrieren lassen können. Es setzt zudem fest, dass Arbeitnehmer im Rentenalter (Männer 65, Frauen ab 60) mit mehr als 20 und weniger als 30 Beitragsjahren eine proportionale Rente beantragen können. Heute sind mindestens 30 Beitragsjahre erforderlich. In einigen Punkten, wie etwa den Investitionen, die den AFJP erlaubt sind, bestehen keine Unterschiede zu den Auffassungen der Regierung.

## WOCHENÜBERSICHT

### Regierung bleibt hart

Die Regierung plant weiterhin die Deregulierung der Sozialwerke ab dem 1. Januar 2001. Wie aus dem Wirtschaftsministerium verlautete, werde man trotz des Scheiterns des ersten Treffens mit dem offiziellen Gewerkschaftsdachverband CGT von der Deregulierung „keinen Schritt“ abweichen. Die Gewerkschaftszentrale bei der Unterredung unter der Woche „unerfüllbare Bedingungen“ gestellt.

### Moyano-Kritik

Hugo Moyano, Anführer der Dissidenten-CGT, hat zu Wochenbeginn in einem Kommuniqué das Dekret über die Deregulierung der Sozialwerke zurückgewiesen. Gleichzeitig beschuldigte Moyano die Regierung, „die Gesundheit von Millionen Argentinern den traditionell gefräßigen Gruppen (privaten Krankenkassen) auszuliefern, die das Volk ausgehungert haben. Ebenso gefährde die „habgierige Logik des seit elf Jahren praktizierten Wirtschaftsmodells die Gesundheit der Arbeitnehmer mit niedrigen Einkommen“.

### Alvarez' Pläne

Der Frepaso-Vorsitzende Carlos Alvarez hat mit der Bildung einer Bürgerbewegung zugunsten der politischen Transparenz begonnen. Wie erst jetzt bekannt wurde, stellte der zurückgetretene Vizepräsident seine Absicht bereits Anfang Oktober vor rund 150 eingeladenen Gästen unter Abschluss der Öffentlichkeit vor. Aus dem Alvarez-Umfeld hieß es wei-

ter, dass dessen Rückkehr auf die politische Bühne mit „ausgeprägter Kritik am Wirtschaftsmodell und der Regierungspolitik“ erfolgen werde.

### Staatsreform

Ungeachtet der Auffassung der Regierung, wonach sie entsprechend der im Gesetz über den Wirtschaftsnotstand festgeschriebenen Vollmachten Reformen einbringen kann, will die de la Rúa-Administration dem Kongress eine neue Vorlage einreichen. Damit soll der Artikel 58 des Gesetzes ersetzt werden, der die Schließung von Staatseinrichtungen und Personalkürzungen vorsah und den die Parlamentarier annullierten.

### Schärpen verurteilt

Ein Gericht in Italien hat am Donnerstag in Abwesenheit der Angeklagten die argentinischen Generäle Guillermo Suárez Mason und Santiago Omar Riveros zu lebenslanger Haft verurteilt. Die römischen Richtern sahen es als erwiesen an, dass die beiden für das „Verschwinden“ von acht italienischen Staatsbürgern während der Militärdiktatur in Argentinien verantwortlich sind. Nach einem - zu erwartenden - Auslieferungsgesuch können Suárez Mason und Riveros damit Argentinien in Zukunft nicht verlassen, ohne Gefahr zu laufen, von Interpol verhaftet zu werden.

### Kirchenkritik

Der Episkopatsvorsitzende

Monsignore Estanislao Karlic hat einmal mehr die Einkommensverteilung in Argentinien gezeißelt. Zu Wochenbeginn erklärte Karlic, „ein Land ist nicht reich, wenn es über viele Güter verfügt, sondern wenn diese Güter harmonisch verteilt sind“. Der Kirchenmann rief dazu auf, „die Demokratie mit Werten anzureichern, damit die Menschen in Freiheit, Brüderlichkeit, Gerechtigkeit und mit Hoffnung leben können“.

### Hausdurchsuchung

Im Kommissariat der Casa Rosada hat zu Wochenbeginn eine von Bundesrichter Gustavo Litaras angeordnete Hausdurchsuchung stattgefunden. Vorausgegangen war eine Serie anonymen Anzeigen, die Generalstaatsanwalt Nicolás Becerra und sieben in dieser Behörde tätige Staatsanwälte erhalten hatten. Dabei geht es um Betrügereien mit Reisekosten- und spesen ins Ausland.

### SIDE-Reform

Die Senatoren Carlos Corach (Hauptstadt-PJ) und Néstor Rosán (La Pampa-UCR) streben ein

Gesetzesprojekt an, um einen neuen Staatlichen Nachrichtendienst aufzubauen. Dieser soll sowohl den SIDE (Nachrichtendienstliches Sekretariat des Staates) als auch den CNI (Zentraler Nationaler Nachrichtendienst) ersetzen.

### Supergehälter

In der Provinzhauptstadt San Miguel de Tucumán ist ein Streit um die exorbitant hohen Gehälter von Angehörigen der Provinzlegislative ausgebrochen. Nach Angaben des ehemaligen Stadtrats Ernesto Padilla von der Bussi-Partei Fuerza Republicana verdienen zahlreiche Abgeordnete zwischen 12.000 und 15.000 Pesos im Monat. Padilla erstattete mittlerweile Anzeige beim Anti-Korruptionsbüro, die Justiz ermittelt.

### Blauhelm-Rückkehr

Am Mittwoch sind die letzten argentinischen Einheiten der UN-Friedensmission in Bosnien-Herzegowina nach Buenos Aires zurückgekehrt. Begrüßt wurden die Blauhelme im Edificio Centinela durch Innenminister Federico Storani.



[www.multimedia.com.ar](http://www.multimedia.com.ar)

O'Higgins 4380 - CP 1429 - Buenos Aires - República Argentina  
Tel/Fax: (54-11)4704-0977 - [info@multimedia.com.ar](mailto:info@multimedia.com.ar)

## AUSFLÜGE UND REISEN

### Iberá: Faszination der glänzenden Wasser

Die Iberá-Sümpfe, ein Überbleibsel des versandeten Ur-Laufes des Río Paraná, sind dem Pantanal in Paraguay sehr ähnlich - nur leichter zugänglich, im übrigen aber mit einer vergleichbaren Pflanzenvielfalt und Tierwelt gesegnet. Dreizehntausend Quadratkilometer umfasst diese Marschlandschaft, fünfmal so groß wie das Großherzogtum Luxemburg. 1983 wurde Iberá, was in der Guaranísprache soviel wie glänzendes Wasser bedeutet, zum Naturschutzreservat erklärt.

Mehr als ein Sumpfbereich ist Iberá eine Seenlandschaft. Insgesamt beinhaltet das Gebiet sieben deutlich abgegrenzte Lagunen, die größte von ihnen 78 Quadratkilometer umfassend, doch genau wie die übrigen nur zwischen 2,5 und 3,2 Meter tief.

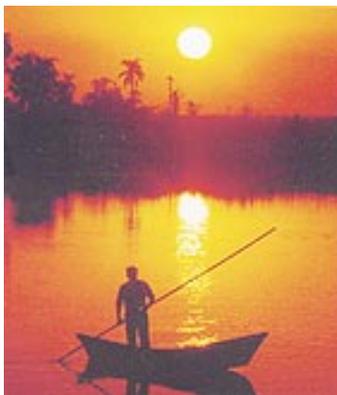
Hier hat sich ein ungeheurer Artenreichtum entwickelt und bewahrt, angefangen bei bunten Sumpfpflanzen über verschiedenartige Schilfgewächse bis hin zur schier unglaublichen Tierwelt. Da tummeln sich nahezu zahme Yacarés und die Boa constrictor, gutmütige Wasserschweine (Carpinchos), Sumpfhirsche, der kleine, schwarze Brüllaffe, der Mähnenwolf Aguará-Guazú und eine unglaublich große Vielfalt von Vögeln. Richtig etwas für das Herz echter Naturfreunde.

Für Besucher ist es angeraten, Colonia Carlos Pellegrini anzusteuern, rund 120 Kilometer östlich von Mercedes. Hier befindet sich das „Centro de Interpretación“, wo man anhand von Postern und Videos eine anschauliche Einführung in die Welt der Iberá-Sümpfe erhält.

Natürlich ist es unabdingbar, einen Aufenthalt von zwei bis drei Tagen einzuplanen. Dabei bietet sich als Unterkunft besonders die Hostería Nanderetá an, sehr heimelig eingerichtet, ein Familienbetrieb des Ehepaars Noailles, wo man sich auf Anhieb wie zu Hause fühlt.

Hier kann man Fahrten in Booten durch das Schilfdickicht buchen, oder aber Führungen unter der Leitung erfahrener Biologen, allen voran Marcelo Beccacece. Beliebt sind vor allem auch die Foto-Safaris. Bei Vorausreservierung wird man im Geländewagen von den Flugplätzen von Paso de los Libres, Corrientes, Mercedes und sogar Posadas abgeholt (Fernruf: 03773 420155).

Eine weitere Unterkunftsmöglichkeit bietet die Posada de la Lagu-



Sonnenuntergang in den Iberá-Sümpfen.

na, Telefon 03773-15629532. Ferner sei die Posada Aguapé erwähnt, Fernruf 03773-15629759. Für die Anreise aus Buenos Aires sollte man einen knappen Tag veranschlagen, aber für den Besuch dieses argentinischen Pantanal muss man ohnehin genügend Zeit vorsehen. Und auch dann hat man nur sozusagen einen Blick durchs Schlüsselloch getan.

#### Mit Buquebús bis Piriápolis

Die Flussreederei Buquebús bietet diesen Sommer wieder einen Fährdienst von Buenos Aires nach dem uruguayischen Badeort Piriápolis. Von dort aus ist es für die Reisenden nur noch ein Katzensprung von 31 Kilometer bis Punta del Este. Daneben gibt es aber weiterhin auch die regulären Verbindungen mit Colonia del Sacramento und Montevideo, auf dieser Strecke mit dem neuen, großen und sehr schnellen Katamaran Catalonia.

Auskünfte und Reservierungen über die Sammelnummer 4316-6550. Buquebús betreibt auch Büros im Patio Bullrich und im Unicenter. Die Passagen werden auf Wunsch auch in die Wohnung des Kunden zugestellt.

#### Doch kein Tren a las Nubes

Genau wie in der vergangenen Sommersaison sollte auch diesmal wieder der Tren a las Nubes von Dezember bis zum Beginn der Hauptjahressaison im April durchgehend verkehren. Soeben wurde aber schließlich von den Betreibern beschlossen, doch eine viermonatige Pause einzulegen, denn voriges Jahr blieb der Zug wegen Erdbeben wiederholt stecken und die 300 Passagiere mussten dann mit Omnibussen nach Salta zurück gebracht werden. Als Alternative bietet hingegen nunmehr Movitrack von Frank und Heike Neumann seinen Dienst auf der Strecke des Aussichtszuges bis zum „Viaducto La Polvorilla“ für den selben Preis von 105 Pesos hin und zurück an. An Bord des vieradgetriebenen Aussichtsbusses von Movitrack (Auskunft Salta: 0387 431 6749) gibt es Kombüse und Toilette sowie Sauerstoff, denn am Viadukt befindet man sich in 4200 Meter Höhe.

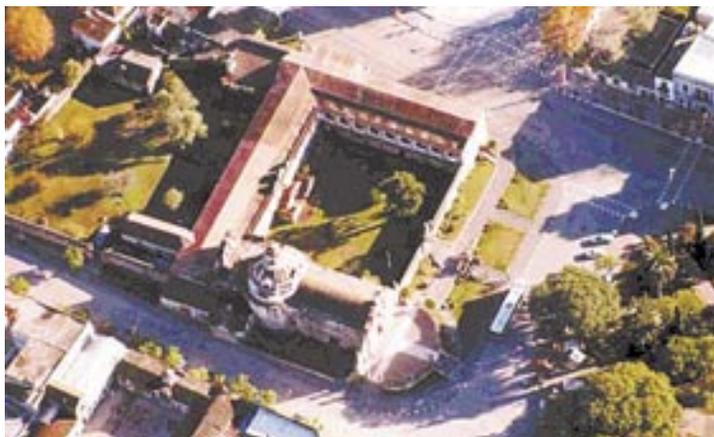
Marlú

## Wunderbare Welt der Geschichte

### UNESCO ernannte drei weitere Attraktionen Argentiniens zum Welterbe

Die jesuitischen Bauvermächtnisse in der Provinz Córdoba, genannt „El camino de las Estancias“, wurde von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt. Das „Tal des Mondes“ in San Juan und der Nationalpark Talampaya von La Rioja wurden für ihre Einzigartigkeit in der Welt als Naturdenkmäler ausgezeichnet.

In der vergangenen Woche erreichte Argentinien die ersehnte Nachricht aus der australischen Stadt Cairns. Dort hatte das Komitee der internationalen Organisation UNESCO insgesamt 61 Dokumente geologischer und humaner Geschichte in 39 Ländern zu Denkmälern des Welterbes erklärt (AT-Bericht vom 2.12.). Die argentinische Regierung erhofft sich dadurch einen Aufschwung im Tourismus. Präsident Fernando de la Rúa erklärte: „Diese Auszeichnung ist von grosser Bedeutung -



Estancia Alta Gracia.

nicht nur für die jeweiligen Provinzen, sondern für die ganze Nation.“ Alle Attraktionen stehen unter dem Schutz der UNESCO und erhalten eine finanzielle Hilfe aus dem Fonds der Organisation. Ausserdem finden sie sich in den

Katalogen der UNESCO wieder, die in Reisebüros der ganzen Welt ausliegen. So werden einerseits die bemerkenswertesten Gebiete der Erde bekannt gemacht, andererseits wird geholfen, diese Schätze für die Zukunft zu bewahren.

#### Jesuitisches Erbe

Die Überreste aus der Zeit der Jesuiten in Córdoba zeugen noch heute vom grossen Einfluss dieses einst von Sankt Ignatius von Loyola gegründeten Ordens. Die Iglesia de la Compañía de Jesús, die Universität, das Colegio de Montserrat zeigen jesuitischen Barock und sind ein beispielhafter Ausdruck kolonialer Kultur. Córdoba, das gerade auch zur amerikanischen Kulturhauptstadt 2002 gewählt worden ist, hat mit seiner reichen Vielfalt an Kirchen und Klöstern einen der besterhaltenen Stadtkerne ganz Argentiniens. Und die im Jahre 1613 gegründete Universität ist eine der ältesten des ganzen Kontinents. Denn in der Ausbildung sah der Orden immer das stärkste Instrument für gesellschaftliche und soziale Veränderungen. Den Universitäten verdankt die Stadt auch den Titel „La

Docta“ - die Gelehrte.

Die Estancias Alta Gracia, La Candelaria, Jesús-María, Colonia Caroya und Santa Catalina liegen in der Umgebung Córdobas und zeugen heute noch von der opulenten und soliden Architektur der Jesuiten. Sie bilden zusammen mit der „Manzana de las Luces“ und dem jesuitischen Zentrum rund um die Universität von Córdoba den Komplex, der nun als Weltkulturerbe gilt und ein sehenswertes Ausflugsziel ist.

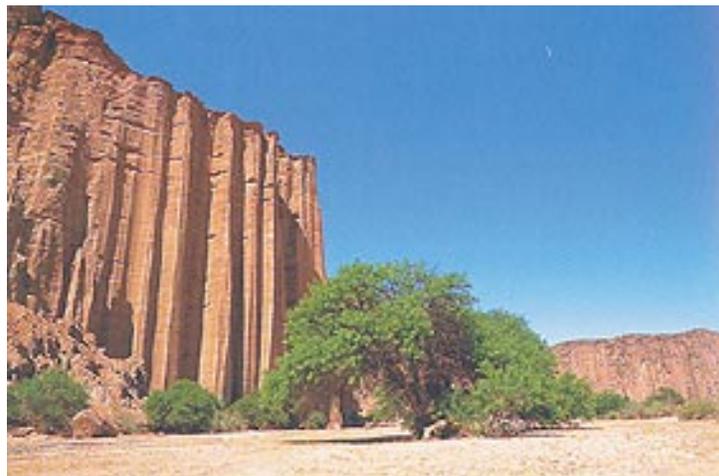
**Fundgrube für Forscher**

Heute ist das exotische „Valle de la Luna“, nördlich von San Juan gelegen, eine ausgedörrte Wüstenlandschaft. Vor vielen Millionen Jahren aber war es die Heimat von Dinosauriern und Urvögeln. Das Tal ist für Paläontologen die grösste Schatzkammer bei der Rekonstruktion der Erdgeschichte im Trias. In dieser 230 Millionen Jahre

zurückliegenden Periode begann sich die bis dahin nur von Pflanzen und Insekten bewohnte Erde mit Reptilien zu bevölkern. Ein gewaltiger Prozess von Hebungen und Verwerfungen förderte in dieser Senkungszone Gesteinsverbände zutage, die die intakten Sedimentschichten und ihre fossilen Einlagerungen von rund 40 Millionen Jahren wiedergeben. An einigen natürlichen Bauformen hat der Wind gearbeitet und so erstaunliche Gebilde wie die „Sphinx“, das „Unterseeboot“ oder die „Verlassene Kirche“ herausmodelliert. Auf der 38 Kilometer langen Strecke kommt sich der Reisende mitunter vor wie in einer geologischen Geisterbahn. Im „Triassischen Becken von Ischigualasto“, wie die wissenschaftliche Bezeichnung für das Mondtal lautet, wurde erst in jüngster Zeit ein „Coraptor“ ausgegraben, der mit einem Alter von



Valle de la Luna - hinten das „Unterseeboot“.



Die Talampaya Schlucht.

**LAVArropas**

**KOH-I-NOOR**

**ENTRA EN SU CASA**

**Entra en su casa 40 cm. DE ANCHO**

Importa: API S.A.I.C. - Distribuye: AUTOSAL S.A. Echeverría 930 Florida (1602) Prov. de Buenos Aires - Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800

228 Millionen Jahre für viele Fachleute als das älteste bisher gefundene grössere Lebewesen der Erde gilt.

Die erdgeschichtlich jüngste der im Mondtal zutage getretenen Krustenformationen heisst „Los Colorados“. Im Norden des Beckens in Form gewaltiger, rot leuchtender Steilwände zu sehen, setzt sie sich als Talampaya-Schlucht fort. Das im ganzen mehr als 30 Kilometer lange, sich abwechselnd verengende, öffnende und verzweigende Schluchtensystem des Naturreservats bündelt seine Überraschungen zu einem farbigen Strauss von Eindrücken. In dem abgelegenen und bislang kaum erschlossenen Gebiet soll nun aufgrund der UNESCO-Entscheidung einiges passieren, um den Tourismus zu fördern.

**Mehr Beachtung**

Doch diese Sehenswürdigkeiten sind nicht die einzigen Wun-

der Argentinien, die von den internationalen Hütern des Welterbes ausgezeichnet wurden. Auch die Halbinsel Valdés, die Wasserfälle von Iguazú, die jesuitischen Missionen im Nordosten, die „Cueva de las Manos“ und der Nationalpark „Los Glaciares“ fanden in den vergangenen Jahren Beachtung vor der Kommission. Bislang sind es nur sieben bei insgesamt 630 Weltkulturerbe. Aber in den kommenden Jahren sollen noch mehr hinzukommen. „Das schulden wir unserem kulturellen Erbe. Während andere Länder, wie zum Beispiel Brasilien, schon an die vierzig Weltkulturerbe besitzen, haben wir nicht einmal zehn“, sagte der stellvertretende nationale Kultursekretär Hugo Storero nach der Bekanntgabe der UNESCO-Entscheidung.

Stephanie Rauer

# Amerikanische Kulturhauptstadt 2002

## Internationale Jury wählte argentinische Stadt Córdoba

Wie am Montag in Mérida (Mexiko), der derzeitigen Amerikanischen Kulturhauptstadt, bekanntgegeben wurde, ist die argentinische Stadt Córdoba von einer internationalen Jury zur Amerikanischen Kulturhauptstadt des Jahres 2002 gewählt worden.

Diese Auszeichnung wurde zum dritten Mal auf dem amerikanischen Kontinent vergeben. Die Initiative wird von der Internationalen Nichtregierungsorganisation (INRO) „Amerikanische Kulturhauptstadt“ gefördert und zwar mit Unterstützung und in Zusammenarbeit mit der Organisation der Amerikanischen Staaten (OEA). Der Präsident der Organisation „Amerikanische Kulturhauptstadt“, Xavier Tudela, verlas in Begleitung des Bürgermeisters von Mérida, Xavier Abreu, im Rahmen einer internationalen Pressekonferenz die Entscheidung der Jury bezüglich der Auswahl von Córdoba zur Amerikanischen Kulturhauptstadt des Jahres 2002. Die Jury hatte eine Auswahl unter zwölf Bewerbungen zu treffen. Córdoba, kulturelles Zentrum,



Das „Colegio Montserrat“ in Córdoba wurde in das Weltkulturerbe übernommen.

Universitätsstadt und auch industrieller wie landwirtschaftlicher Knotenpunkt, hat 1,3 Millionen Einwohner und ist Hauptstadt der Provinz Córdoba, die sich über eine Fläche von 165.000 Quadratkilometer erstreckt und über eine Bevölkerung von 3 Millionen Einwohnern verfügt.

Córdoba wurde im Jahre 1573

von Luis de Cabrera gegründet. Durch seine Lage im geographischen Zentrum Argentiniens wurde es zu einem Schnittpunkt der Wege aus allen Ecken Argentiniens und der benachbarten Länder. Auch ist die Stadt die zentrale Achse des bi-ozeanischen Korridors (Atlantik/Pazifik).

Aus kultureller Sicht ist die Stadt hochinteressant. Sie besitzt ein aussergewöhnliches historisches Zentrum, in welchem wir die älteste Jesuitenkirche Argentinien

finden, die Iglesia Catedral, wie auch der Plaza San Martín, den Ratssaal der Stadt, sowie zahlreiche Kirchen, Basiliken und Museen. Erwähnenswert ist auch, dass die sogenannte „Manzana Jesuítica“ (das Jesuitenviertel) Ende November in das Weltkulturerbe übernommen wurde. Zu diesem Gefüge von historischen Gebäuden gehört auch die Nationaluniversität von Córdoba, eine von sieben Universitäten, welche 1613 gegründet wurde und das älteste Zentrum für höhere Studien in Argentinien und das zweitälteste von Südamerika ist.

In den folgenden Wochen werden der Präsident der INRO „Amerikanische Kulturhauptstadt“, Xavier Tudela, und der Bürgermeister von Córdoba, Germán Luis Kammerath, die Nominierungsakte unterzeichnen.

Ab sofort können die Bewerbungen für die Ernennung zur Kulturhauptstadt des Jahres 2003 eingereicht werden. Bewerbungsberechtigt ist jede Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern, welche in einem der 35 amerikanischen Länder liegt und die ihre Kandidatur formell bei einer der hierfür eingerichteten Stellen einreicht.

### Golf

#### WM in Baires



Neben dem Klassenprimus, Weltranglisten-Ersten und Titelverteidiger Tiger Woods (USA) als Hauptattraktion kämpfen seit Donnerstag Teams aus 24 Ländern im Golf Club Buenos Aires um die Match-Play-Weltmeisterschaft. Die mit insgesamt drei Millionen Dollar Preisgeld dotierte WM findet nach 1962 und 1970 bereits zum dritten Mal in Argentinien statt. Während Tiger Woods an der Seite von David Duvall antritt, werden die Gastgeber durch Angel Cabrera und den European Masters-Sieger Eduardo Romero vertreten. Für Deutschland geht das Tandem Thomas Gögele und Alex Cejka an den Start. Rekord-

## TABELLE

### Torneo Apertura

**17. Spieltag:** Boca Juniors - San Lorenzo 1:0; Almagro - River Plate 4:5; Gimnasia LP - Independiente 3:2; Newell's - Rosario Central 0:0; Racing - Colón 0:4; Belgrano - Vélez 0:3; Chacarita - Estudiantes 0:3; Unión - Talleres 3:1; Huracán - Lanús 0:0; Argentinos Jrs. - Los Andes 5:2.

**Nachholspiele:** Independiente - Boca 3:0, River - Newell's 2:0, Lanús - Racing 4:2; Huracán - Belgrano 2:1.

**Tabellenspitze:** 1. Boca 33:17 Tore, 38 Punkte; 2. River 38:20, 36; 3. Gimnasia LP 34:27, 34.

### Copa Mercosur

**Finale, Hinspiel:** Vasco da Gama - Palmeiras 2:0.

gewinner ist mit 22 Siegen die USA, Deutschland (Bernhard Langer und Torsten Gideon) konnte sich 1990 den Titel sichern. Auch Argentinien stellte bereits einmal die Weltbesten: Beim WM-Debut 1953 siegten in Kanada Roberto De Vincenzo und Antonio Cerda

## Zum Tag des Erdöls

# Probleme der argentinischen Erdölwirtschaft

Von Juan Alemann

Argentinien nimmt in der Erdölwirtschaft eine Sonderstellung ein. Die Förderung deckt den Eigenbedarf und ergibt einen mässigen Exportüberschuss. Das argentinische Erdöl hat im internationalen Vergleich Kosten, die weit über diejenigen der grossen Erdölproduzenten liegen, nämlich der arabischen Staaten, Venezuela, Mexiko, Indonesien und Staaten der ehemaligen Sowjetunion, jedoch unter denjenigen der Nordsee liegen. Andererseits verfügt Argentinien über riesige Gaslager, so dass Erdöl zunehmend durch Naturgas ersetzt wird. Und dann verfügt das Land über grosse Möglichkeiten, elektrische Ener-

gie durch Wasserkraftwerke zu gewinnen, die bei weitem nicht erschöpft sind.

### Der hohe Erdölpreis als Investitionsanreiz

Allein, um die Förderung auf dem Rekordstand zu halten, der 1999 erreicht wurde, sind hohe Investitionen notwendig, da sich die Lager, die sich in Ausbeutung befinden, sukzessive erschöpfen. Unter der Menem-Regierung wurde dies zunächst dadurch vertuscht, dass YPF Joint-venture-Verträge mit internationalen Erdölunternehmen abschloss, um die sogenannte tertiäre Ausbeutung durchzuführen, was eine schwie-

rige Technologie erfordert, über die YPF nicht verfügte. Bei primärer Ausbeutung kommt das Erdöl durch natürlichen Gasdruck an die Oberfläche, oder es wird gepumpt; bei sekundärer wird Wasser in das Lager gepumpt, so dass Druck entsteht und das Erdöl an die Oberfläche gelangt. Dabei verbleibt aber immer noch gut 30% Erdöl im Lager, das dann mit tertiärer Förderung an die Oberfläche gelangt, nämlich durch Stoffe, die ins Lager gepumpt werden und dort durch chemische Kombinationsprozesse expandieren und hohen Druck ausüben. Auch führte die im Jahr 1993 vollzogene YPF-Privatisierung zu starken Produktionserhöhungen, weil effizienter gearbeitet wurde. Ebenfalls wurden mehr Konzessionen vergeben.

Diese Möglichkeiten wurden in den letzten Jahren weitgehend erschöpft. Die Erdölproduktion wird voraussichtlich dieses Jahr um 3% unter dem Vorjahr liegen. Bis März 1999 war der Preis eben sehr niedrig, so dass wenig investiert wurde und sogar Gebiete, in denen schon gefördert wurde, aufgegeben wurden. Die Preishausse, die ab März 1999 eingetreten ist, hat die Investitionstätigkeit gefördert, aber die konkreten Ergebnisse lassen auf sich warten. Ausserdem kompensiert dies zum Teil die leicht nachlassende Förderung der älteren Felder.

Argentinien braucht einen relativ hohen Rohölpreis. Dieser fördert nicht nur Investitionen auf diesem Gebiet, sondern auch die Gasförderung und, vor allem, den Ersatz von Erdöl durch Gas bei Kraftwerken und Industrien. Dann ist dies auch die Voraussetzung für Investitionen auf dem Gebiet der Wasserkraft, da der Erdölpreis indirekt den Preis für Strom aus hydroelektrischen Werken bestimmt. Auch ist dies Voraussetzung, um das Kernkraftwerk Atucha II fertigzustellen. Schliesslich fördert ein hoher Erdölpreis andere Entwicklungen, wie Stromwerke auf Windbasis und eventuell ein Meereskraftwerk an der Halbinsel Valdés, deren Isthmus durch eine Röhre verbunden würde, wobei die Ebben und Fluten in beiden Buchten entgegengesetzt sind.

### Schwierigkeiten bei der Preisabwälzung

Der hohe Preis schafft jedoch Probleme, da Benzin und Dieseltreibstoff auch steigen müssen. Hier ergibt sich die sonderbare Lage, dass YPF (das der spani-

schen Repsol gehört) eine beherrschende Marktstellung hat, was der Regierung erlaubt hat, durch sanften Druck zu erreichen, dass das Unternehmen den Preis der Endprodukte niedrig hält, also die Zunahme des Rohölpreises nur zum Teil abgewälzt hat. Hätte das Unternehmen kein eigenes Verteilungsnetz, mit eigenen Tankstellen und meistens mit vertraglich verbundenen Tankstellen, würde die Abwälzung automatisch sein. YPF verdient beim "upstream" und verliert beim "downstream". Aber die Unternehmen, die in Argentinien nur oder hauptsächlich am "downstream" beteiligt sind (Esso, Shell, Dapsa) erleiden dabei Verluste. Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar.

Wenn sich der internationale Erdölpreis zwischen 22 und 28 Dollar je Barrel einpendelt, wie es die OPEC theoretisch festgelegt hat, ist der Fall nicht so schlimm. Aber faktisch liegt der Preis seit längerer Zeit schon über US\$ 32 Dollar. Der kalte Winter in der nördlichen Hemisphäre und der Umstand, dass die OPEC in ihrer jüngsten Zusammenkunft die Exportquoten nicht angehoben hat, lassen darauf hindeuten, dass der Preis weiterhin hoch bleiben wird. Dies umso mehr, als die nicht-OPEC-Staaten kaum Möglichkeiten haben, die Förderung kurzfristig zu erhöhen. Bei dieser Aussicht müssen die internen Preise für Erdölprodukte weiter zunehmen.

Das Problem hat eine technische Lösung, nämlich die Einführung eines beweglichen Exportzoll, so dass z.B. ab US\$ 25 Dollar je Barrel, für den Überpreis eine progressive Steuer eingeführt wird. Dann würde der interne "Indifferenzpreis" für Rohöl, zu dem die lokalen Raffinerien ihren Rohstoff beziehen, der internationale Preis minus Transportkosten, minus diese Exportsteuer sein. Die theoretische Grundlage für diese Steuer besteht darin, dass ein Preis, der als anormal hoch angesehen wird, keine Investitionen anreizt, da das Risiko dann zu hoch wäre. Investitionen werden durchgeführt, wenn die Rechnung mit US\$ 25 per Barrel aufgeht, aber nicht darüber. Die Regierung scheut sich jedoch, diese Steuer einzuführen, angeblich weil dadurch das Prinzip des freien Exportes gebrochen würde und dies als schlechtes Signal für Investoren in anderen Exportprojekten gedeutet werden könnte. Auch besteht die Hoffnung, die durch die von der OPEC selber festge-

setzte aber nicht eingehaltene Bandbreite genährt wird, dass der Preis bald wieder zurückgeht. Vorläufig ist das jedoch nur ein frommer Wunsch. Allerdings muss sich die Regierung dann mit dem Konflikt abfinden, der sich aus diesem anormal hohen Erdölpreis ergibt.

### Die Subvention des Dieseltreibstoffes

Beim Benzin protestiert der Verbraucher, aber es passiert jedoch weiter nicht viel. Bei Dieseltreibstoff hingegen verschärft sich das Problem mit der Landwirtschaft und dem Strassentransport. Die traditionelle argentinischen Politik, den Dieseltreibstoff künstlich niedrig zu halten und die Steuerlast hauptsächlich auf das Benzin abzuladen, führt dann dazu, dass immer mehr Personenwagen mit Dieselmotor verkauft werden, so dass gewöhnliche Automobilisten eine Subvention erhalten, die nur für die Landwirtschaft, den Transport und eventuell für die Industrie gedacht ist. Dieseltreibstoff kostet die Raffinerien etwa gleich viel wie Benzin; wenn jetzt der Verbrauch künstlich angeregt wird, dann hat das drei Folgen: einmal werden die Konsumenten dazu verleitet, Automobile mit Dieselmotor zu kaufen, obwohl diese teurer sind und sich bei gleichem Preis zwischen den zwei Kraftstoffarten nicht lohnen würde. Und zum Zweiten verliert der Fiskus ständig Einnahmen, da der Benzinkonsum ständig abnimmt. Zum Dritten führt dies dazu, dass Argentinien Überschuss an Benzin hat, das exportiert wird, dafür aber Dieseltreibstoff importieren muss, so dass das Land zwei Mal die Frachtrate bezahlt, nämlich beim Export und beim Import. Die

logische Lösung des Dilemmas besteht darin, die Steuer beider Kraftstoffe gleichzusetzen, aber zu bestimmen, dass beim Dieseltreibstoff ein Teil oder die ganze Steuer mit anderen Steuern verrechnet werden kann, aber eben nur, wenn die Verbraucher Landwirte, Industrie- oder Transportunternehmen sind. Dabei würden dann auch die Steuerhinterzieher erfasst, die keine Kompensationsmöglichkeit hätten. Obwohl dies sonnenklar ist, hat bisher keine Regierung den Mut gehabt, diesen Gedanken in die Praxis umzusetzen..

### Eine Steuerhinterziehung von US\$ 300 Mio.

Die Erdölwirtschaft hat noch ein weiteres ungelöstes Problem, das den Fiskus jährlich um die US\$ 300 Mio. kostet. Einmal werden beim Import von Erdölprodukten durch unabhängige Importeure falsche Angaben über Art des Produktes, dessen Qualität und Preise gemacht; dann wird das Lösungsmittel aus Erdöl (solvente), das nicht mit der Sondersteuer auf Erdölprodukte belastet ist, mit Benzin gemischt und als solches verkauft; und schliesslich wird Treibstoff angeblich in Patagonien verkauft, wo er steuerfrei ist (und laut Budgetgesetz 2001 die halbe Steuer zahlen soll), aber in Wirklichkeit eben woanders verkauft. Diese Probleme sind jedoch leicht lösbar, nämlich durch eine effektive Kontrolle durch spezialisierte Privatfirmen. Es ist unverständlich, dass die Regierung hier nichts tut, obwohl die zuständigen Beamten das Problem seit geraumer Zeit kennen.

## Loma de la Lata-Gaskonzession von YPF um 10 Jahre verlängert

Am Samstag der Vorwoche wurde die Einigung zwischen dem Nationalstaat, der Provinz Neuquén und YPF über die vorzeitige Verlängerung der Konzession zur Ausbeutung des Gaslagers von Loma de la Lata um 10 Jahre, also von 2017 bis 2027, erzielt. Am Dienstag wurde dann das Abkommen von Wirtschaftsminister Machinea und dem YPF-CEO José María Ranero Diaz unterzeichnet. Gouverneur Sobisch hatte sich schon vor einigen Monaten für die Annahme des Vorschlages von YPF eingesetzt; aber die Nationalregierung brauchte einige Zeit, um den Fall genau zu prüfen, der insofern anormal ist, als noch über 16 Jahre bis zum Ablauf der bestehenden Konzession fehlen. Loma de la Lata ist das grösste Gasvorkommen in Argentinien, das über die Hälfte des gesamten im Land erzeugten Gases liefert. Die festgestellten Gasreserven des Lagers belaufen sich auf 155 Mrd. cbm Gas.

Das Abkommen enthält folgende wesentliche Punkte:

- Die Nationalregierung erhält eine Gebühr von US\$ 300 Mio., von denen US\$ 80 Mio. dieses Jahr, US\$ 100 Mio. nächstes und US\$ 120 Mio. übernächstes Jahr bezahlt werden. Diese Gebühr wurde auf der

Grundlage eines Preises von US\$ 19,50 für Erdöl berechnet, wobei hier „West Texas Intermediate“ als Grundlage genommen wird, das letzte Woche zu US\$ 32 je Barrel gehandelt wurde. Dabei muss man jedoch berücksichtigen, dass die Zahlung der Gebühr vorzeitig erfolgt, da sie normalerweise erst ab 2017 erfolgen würde. Das bedeutet, dass bei der Berechnung des gegenwärtigen Preises die Zinsen abgezogen werden.

● Die Provinzregierung erhält für das ab 2017 geförderte Gas nicht nur die Gebühr von 12% auf den Gesamtwert des gelieferten Gases, sondern ausserdem 5% des Gewinnes, der sich aus diesem Gaslager ergibt. Das ist eine Neuigkeit bei Konzessionen dieser Art.

● YPF, und auch die Kontrollfirma Repsol-YPF, verpflichten sich, insgesamt US\$ 8 Mrd. in diesem Lager zu investieren, davon US\$ 3,5 Mrd. bis 2005 und der Rest bis 2007. Voraussichtlich kommen dann noch weitere Investitionen bis 2027 hinzu.

Mit diesem Abkommen wird die Investitionstätigkeit unmittelbar angespornt, was mit zur Erholung der Wirtschaft beitragen wird. Es handelt sich hier um den zweiten Fall dieser Art, von privaten Investitionen, die von einer Staatsentscheidung abhängen, der seit der Ernennung von Colombo zum Kabinettschef gelöst wurde. Der erste bezog sich auf die Konzessionen der Überlandstrassen, wo Investitionen von über einer Milliarde Dollar verpflichtet wurden. Jetzt fehlen noch Aguas Argentinas, mit einem ähnlichen Investitionsbetrag, und die Vororteseisenbahnen, mit wesentlich höheren Beträgen.

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Frsteinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.**

\*\*\*

**Der Mervalindex schloss in der Berichtswoche zum Mittwoch praktisch unverändert mit 399,53, der Burcapindex stieg um 1,9% auf 732,79 und der Börsenindex um 3,7% auf 15.970,68.**

\*\*\*

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 5,5% auf \$ 0,7560.**

\*\*\*

**Die Gold-, Devisen- und Anlagensreserven der ZB betragen am 1.12. \$ 22,93 Mrd., der Banknoten-umlauf \$ 13,52 Mrd. Vor einer Woche waren es \$ 23,13 Mrd. bzw. \$ 13,32 Mrd., vor einem Monat \$ 23,25 Mrd. bzw. \$ 13,35 Mrd. und vor einem Jahr \$ 24,10 Mrd. bzw. 14,42 Mrd.**

\*\*\*

**Der Steuerexperte Leonel Masad erklärte, man könne die Hinterziehung nicht ernsthaft bekämpfen, wenn das Steueramt kein Geld für Anzeigen habe, die Gehälter verringern und Beamten entlassen werden.** Mit dem „freiwilligen Rücktritt“ hätten 2.000 Beamten, die wichtige Funktionen ausübten, das Amt verlassen; sie arbeiten jetzt in Privatunternehmen. Dieses Jahr haben 33 Anwälte, die Prozesse führen, das Steueramt verlassen. Jeder Anwalt der AFIP führt jetzt 300 Prozesse, gegen etwa 6 bei Anwälten von Steuerpflichtigen. Mitte 2000 hätten die Einheitssteuerzahler neu eingestuft werden sollen. Da weder erklärt wurde, wie das erfolgen sollte, noch Anzeigen veröffentlicht wurden, könne man kaum Ergebnisse erwarten. Es gab und gibt auch keine Anzeigen über die Fälligkeiten der Gewinnsteuer und die Steuer auf persönliche Vermögen. Säu-

mige Zahler erhalten keine Mahnbriefe, weil das Steueramt der Post \$ 5,5 Mio. schulde. Und die Liste geht weiter.

\*\*\*

**Die Provinz Córdoba wird Mitte Januar die Ausschreibung der 35jährigen Konzession ihres E-Werkes einleiten.** Die endgültige Öffnung der Umschläge ist für Mai vorgesehen. Die internationale Consultingfirma BNP Paribas hatte vorher den Zuschlag für die Ausarbeitung und das internationale Angebot der Lastenhefte erhalten. Eine der wesentlichen Fragen ist die mögliche Aufteilung des E-Werkes in ein Erzeugungs-, ein Transport- und ein Verteilungsunternehmen.

\*\*\*

**Argentinien und Brasilien verhandeln über die Abschaffung der im Dezember 1997 auf die gemeinsamen Zollsätze aufgeschlagenen 3 Prozentpunkte.** Im Januar sollen 1,5% gestrichen werden. Ein Termin für die restlichen 1,5% liege noch nicht fest. Der endgültige Beschluss soll bei dem Mercosurtreffen in Florianópolis, am 14. und 15.12. bekannt gegeben werden. Der 3%ige Aufschlag, der noch im Jahr 2000 abgeschafft werden muss, wurde auf Ansuchen Argentiniens verfügt, nachdem die WHO die 3%ige Statistikgebühr, die Argentinien auf Einfuhren erhob, abgelehnt hatte.

\*\*\*

**Das Energiesekretariat gab bekannt, dass sich für die Legung der Hochspannungsleitungen im Rahmen des föderalen Stromtransportplanes nur 2 Interessenten eingetragen haben.** Obwohl 43 Lastenhefte erworben wurden hätten sich nur TermoAndes für die Leitung Nordwest-Nordost und ein Konsortium aus Aluar Aluminium Argentino und Hidroeléctrica Futaleufú für den Zusammenschluss des patagonischen Netzes mit dem allgemeinen argentinischen Verbundnetz (Sadi), eingetragen. Die beiden Leitun-

## Der neue Index der Konsumentenpreise

Das statistische Amt (INDEC) hat eine Erhebung über den Konsum der Haushalte durchgeführt, aus der sich jetzt eine neue Wägung der einzelnen Komponenten des Indices ergibt. November 2000 ist der erste Monat mit dem neuen Index. Für das Jahr 1999 wurde der Index mit der alten Wägung und der neuen berechnet, wobei dann die beiden Ergebnisse gleichgestellt wurden, so dass der Index ohne Schnitt weitergehen kann. Die Änderungen sind sehr bedeutend

Sparte	Basis 1988	Basis 1999
Nahrungsmittel und Getränke .....	40,42%	31,29%
Bekleidung.....	9,41%	5,18%
Wohnung .....	9,19%	12,68%
Haushaltsausgaben .....	7,30%	6,55%
Gesundheit .....	7,01%	10,24%
Transport u. Fernverbindungen .....	11,40%	16,96%
Freizeitausgaben .....	6,83%	8,67%
Erziehung .....	2,71%	4,20%
Verschiedene Güter u. Dienstleistungen ..	5,91%	4,43%

Das INDEC weist darauf hin, dass der Index bisher auf der Grundlage von 600 Waren und Dienstleistungen aufgebaut wurde, während es jetzt 800 sind. Der Index bezieht sich jetzt auf 66% der gesamten Konsumausgaben, wobei vornehmlich Ausgaben des gehobenen Konsums ausgenommen sind. Das INDEC beabsichtigt, die Umfrage, die gegenwärtig nur Gross Buenos Aires umfasst, auf Córdoba, Rosario, Mendoza, Tucumán, La Plata und Mar del Plata auszuweiten und auf diese Weise 58% der Bevölkerung zu erfassen.

Die Änderungen der Konsumstruktur sind nur möglich gewesen, weil der Gesamtkonsum der Haushalte von 1988 bis 1999 stark zugenommen hat. In absoluten Werten ist der Konsum von Nahrungsmitteln und Getränken nicht gesunken, sondern im Gegenteil, gestiegen. Aber bei den Konsumzunahmen gehen die Konsumenten eben mehr auf andere Waren und, vor allem, Dienstleistungen über.

gen erfordern US\$ 350 Mio. Investition, die durch einen Treuhandfonds gesichert werden, der durch eine 0,64%igen Steuer auf des Grosshandels-Strompreis gebildet werden soll. Das Netz, das die Stromversorgung künftiger Bergbauvorhaben möglich machen sollte, fand keinen Interessenten.

\*\*\*

**Mit Beschluss 264 vom 14.11.00 hat das Staatssekretariat für Konkurrenzschutz hier eine Fusion bewilligt, die in der restlichen Welt bereits stattgefunden hat.** Die britisch-niederländische Unilever, die hier vorwiegend mit Parfümerie- und Reinigungsmitteln am Markt ist, erwirbt Refinerías de Maiz y Arisco, womit sie auch im Nahrungsmittelbereich Gewicht erhält. Die weltweite Fusion hat eine Grössenordnung von US\$ 20,3 Mrd. und schliesst Fabriken und Niederlassungen in den 5 Kontinenten ein. In Argentinien wird der Umsatz des Unternehmens von US\$ 900 Mio. im Jahr auf US\$ 1,2 Mrd. zunehmen.

\*\*\*

**Laut ZB-Bericht betrogen die Hypothekenkredite der Banken per Ende November rd. \$ 17 Mrd. in Pesos und Dollar, gegen \$ 15,45 Mrd. vor einem Jahr.** Hauptkreditnehmer ist hier der Mittelstand, für Durchschnittsbeträge um \$ 50.000 in Buenos Aires Stadt, \$ 40.000 in der Provinz Buenos Aires und \$ 30.000 im restlichen Land.

\*\*\*

**Für Zertifikate aus dem Kfz-Austausch- und verschrottungsplan schuldet der Staat den Autofabriken**

**noch \$ 400 Mio.** Für 267.638 Zertifikate wurden Neuwagen erstanden, 26.638 blieben unbenutzt. Bis jetzt haben die Fabriken vom Staat etwas über \$ 500 Mio. erhalten.

\*\*\*

**Trands Consulting/IDC Argentina hat ermittelt, dass im 3. Quartal 2000 über 290.000 Lap- und Desktop Computer verkauft wurden.** Das seien um 22% mehr als im 2. Quartal.

\*\*\*

**Die diesjährige Zuckerernte ist praktisch abgeschlossen. Sie lag mit 1,46 Mio. t um 7% unter dem Vorjahr.** 1998 war mit 1,75 Mio. t absoluter Landesrekord, mit Überschüssen, die noch nicht ganz untergebracht wurden. Die niedrigen Zuckerpriese, die kürzlich wieder leicht angezogen haben, haben mehrere Fabriken veranlasst, Abkommen für den gemeinsamen Verkauf zu schliessen.

\*\*\*

**Nach dem CEPA-Schlachthof haben auch die ebenfalls zur Garovaglio y Zorraquin-Gruppe (G&Z) gehörende GRD-Gerberei (Grünbaum, Rico y Daucourt) und die Verpackungsbehälterfabrik Sapei ihre Gläubiger einberufen.** GRD schuldet rd. US\$ 25 Mio., die Hälfte davon der Weltbanktochter IFC, und Sapei US\$ 4 Mio. GRD verarbeitet 40.000 Häute im Monat und liefert 95% davon an die der Citicorp gehörenden US-Gerberei GST (Garden State Tanning), die als möglicher Käufer genannt wird. Sapei hat die Fertigung eingestellt. Obwohl CEPA und GRD 80% des Jahresumsatzes der G&Z-Gruppe von US\$ 200

Mio. bestreiten, werden die anderen Unternehmen derselben, Rheem Heisswasserspeicher und Wilmort, Verarbeitung von Rückständen aus Schlachthöfen, nach Firmenangaben nicht beeinträchtigt.

\*\*\*

**Die brasilianische Belgo Mineira Hütte, die 8.grösste des Landes, will 30% bis 40% der hiesigen Acindar übernehmen, wie das Unternehmen der Globo Online Agentur erklärte.** Das sei derselbe Prozentsatz, den die derzeitige Kontrollgruppe hält. Belgo Mineira würde rd. US\$ 46 Mio. bar einzahlen und einen Teil der Acindaraschulden von US\$ 60 Mio. übernehmen. In den letzten Jahren hat Belgo Mineira auch Beteiligungen der chilenischen Prodinca und der peruanischen Procables erworben.

\*\*\*

**Nach den bedeutenden Zollerhöhungen für Pflanzenöle in China hat nun auch Indien die Zölle dafür allerangehoben. 38% aller landwirtschaftlichen argentinischen Commodity-Ausfuhren sind Pflanzenöle.** Für nicht abgefülltes Öl wurde der Satz von 35% auf 45% erhöht, für Palmöl von 35% auf 65%. Im Vorjahr hat Argentinien 920.000 t Pflanzenöl für US\$ 380 Mio. nach Indien geliefert, davon Sojaöl für US\$ 200 Mio. und Sonnenblumenöl für US\$ 180 Mio.

\*\*\*

**Am vergangenen Wochenende wurden die Fahrpreise der städtischen Omnibusse und Vororteseisenbahnen erhöht.** Bei den Bussen beträgt die Zunahme 10 Centavos, so dass die Fahrkarte in Buenos Aires Stadt bis 3 km von 65 auf 75 Centavos zunimmt, von 3 bis 12 km von 70 auf 80 Centavos und in den Vororten von 65 auf 75 bzw. 70 auf 80 Centavos. Bei den Eisenbahnen beträgt die Zunahme ebenfalls 10 Centavos, so dass sie für kürzere Strecken 25%, für mittlere 16,67% und für längere 13,33% bzw. 11,76% ausmacht. Die Erhöhungen bei den Bussen wurde mit der Preiserhöhung des Dieselkraftstoffes begründet, die in anderthalb Jahren 70% ausmacht. Bei den Eisenbahnen schuldet der Staat für 1999 Subventionen von \$ 156 Mio. und für 2000 von \$ 112 Mio. Für 2001 waren \$ 286 Mio. vorgesehen, die vom Kongress auf \$ 78 Mio. verringert wurden. Die Konzessionsverträge sehen einen Zuschuss für Investitionen vor, der jedoch im Wesen eine Tarifsabzweigung ist.

\*\*\*

**Pulte Home Corporation, die in USA seit 1950 über 250.000 vorgefertigte Wohnhäuser geliefert hat und Aktiven für US\$ 2,6 Mrd. ausweist, kommt nach Argentinien.** Mit US\$ 40 Mio. Anfangsinvestition will sie hier 2001 vorgefertigte Wohnhäuser für US\$ 250 Mio. auf den Markt bringen. Pulte hat auch Niederlassungen in Mexiko und Puerto Rico.

\*\*\*

**Die 1947 gegründete Glasbehälterfabrik Rayén Curá SA hat von der Europäischen Investmentbank ein Darlehen von US\$ 15 Mio. für die Erweiterung ihrer Produktions-**

**kapazität in Guaymallén, Mendoza, erhalten.** In einer ersten Etappe wurden bereits \$ 45 Mio. investiert. Der Regionalbedarf an Glasbehältern für Nahrungsmittel und Getränke sei doppelt so gross wie das Angebot. Das Unternehmen wurde 1998 von der spanischen Vicasa, die zu 60% Cristalera Española und zu 40% Cristaleras de Chile gehört, übernommen.

\*\*\*

**Aussenminister Rodríguez Giavarini hat den Regionalpartnern den Vorschlag unterbreitet, die ALCA-Freizone ein Jahr früher zu beginnen.** Es werde an den technischen Einzelheiten gearbeitet, damit die Eingliederung Chiles in den Mercosur anlässlich des Präsidentengipfels vom 15.12. behandelt werden könne.

\*\*\*

**Die Risikobewertungsfirma Fitch hat die Benotung der langfristigen Schulden der Provinz Buenos Aires von BB auf BB- verringert.** 1997 hat die Provinz ein operatives Ergebnis, Saldo zwischen laufenden Ein- und Ausgaben, von plus US\$ 1,45 Mrd., 1998 von US\$ 178 Mio., 1999 US\$ 949 Mio. Defizit und für 2000 werden US\$ 365 Mio. Defizit erwartet.

\*\*\*

**Ingenio y Refinería San Martín del Tabacal, die zweitgrösste Zuckerkonzernfabrik des Landes, mit einem Betrieb und grossen Ländereien im Norden von Salta, hat in 9 Monaten des Rechnungsjahres 1999/2000 einen Verlust von \$ 18,8 Mio. erlitten,** womit das Eigenvermögen auf \$ 12,1 Mio. geschrumpft ist. Das Kontrollpaket der Firma wurde vor einigen Jahren von den Familien Patrón Costas, und Mosotegay an die US-Firma Seaboard verkauft, die sich jetzt anschickt, einen Kredit von US\$ 189,3 Mio. zu kapitalisieren, womit die finanzielle Belastung stark sinkt und die Bilanz wieder schwerere Zahlen schreiben kann. Ausserdem hat Tabacal ein Abkommen zwecks Vertrieb des Zuckers des Ingenio Concepción (Tucumán) abgeschlossen, womit es um die 300.000 Jato vertreibt und eine gute Marktposition hat. Dennoch ist der Kurs des Aktien des Unternehmens in einem Jahr um 83% zurückgegangen.

\*\*\*

**Wie verlautet, wird Wirtschaftsminister Machinea nächste Woche das Dekret über die Liquidierung des staatlichen Rückversicherungsinstitutes INDeR unterzeichnen, das er am 18. Oktober zum Tag der Versicherung angekündigt hatte.** Das INDeR wird den Versicherungsanstalten Optionen zur Zahlung der Schulden bieten, die sie binnen 10 Tagen annehmen oder ablehnen müssen. \$ 150 Mio. sollen in bar bezahlt werden, da sich dieser Betrag durch die Sondersteuer auf Versicherungspolice angehäuft hat, und der Rest in Staatstiteln. Die Liquidierung war schon von der Menem Regierung verfügt und praktisch abgeschlossen worden. Da diese Arbeit jedoch am 10.12.99 nicht fertig war, hat Minister Machinea damals verfügt, dass der Fall neu aufge-

## Das Megaprojekt ist angelaufen

Das von Repsol YPF zu 38%, der brasilianischen Petrobrás durch ihr Tochterunternehmen Brasoil Alliance Company zu 34% und Dow Chemical, USA, über ihre Filiale Dow Investment Argentina zu 28% mit US\$ 470 Mio. Investition geschaffene Vorhaben hat den Betrieb aufgenommen. Unter dem Namen Megaprojekt pumpt es in der Provinz Neuquén gefördertes Erdgas über 600 km Rohrleitungen bis in den Petrochemiepol von Bahía Blanca.

Dazu wird das Gas vorbehandelt und verflüssigt. Durch die Rohrleitungen ist es bis Bahía Blanca mehrere Tage unterwegs, bevor es im Petrochemiepol endgültig weiterverarbeitet werden kann. Dabei wird es in Ethan-, Butan-, Propangas und Naturbenzin zerlegt. Das dabei anfallende Methan wird über die angeschlossene Pipeline nach Buenos Aires weitergeleitet.

Von der Gesamtinvestition wurden US\$ 217 Mio. im Erdgasvorkommen Loma de la Lata, in Neuquén angelegt, US\$ 84 Mio. in die Rohrleitungen, US\$ 138 Mio. in das Werk in Bahía Blanca und US\$ 31 Mio. in Speichereinrichtungen. Dazu kommen US\$ 225 Mio. für vorbereitende Arbeiten, Steuern und Finanzierungskosten.

In Loma de la Lata werden für das Megaprojekt täglich 36 Mio. cbm Erdgas gefördert, vorverarbeitet und weitergeleitet. Das gewonnene Propan- und Butangas sowie das Naturbenzin werden nach Brasilien ausgeführt, das Ethangas an die Firma Petroquímica Bahía Blanca verkauft, die zu 63% Dow Chemical und zu 27% Repsol YPF gehört, und es zu Ethylen weiterverarbeiten wird. Die Erweiterungsarbeiten der Petroquímica Bahía Blanca für diese Produktion sollen in Kürze fertiggestellt und in der Lage sein, 500.000 bis 540.000 Jato Ethan zu verarbeiten. Darüber hinaus werden 600.000 Jato Propan- und Butangas und 210.000 Jato Naturbenzin nach Brasilien ausgeführt werden.

griffen werden solle, so dass die Liquidierung unterbrochen wurde, wobei das Dekret nicht erfüllt, aber auch nicht ausser Kraft gesetzt wurde. Eine klare Verletzung der Rechtsordnung. Angeblich soll die Liquidierung den Staat jetzt um die \$ 500 Mio. kosten. Die Menem-Liquidierung war mit \$ 250 Mio. abgeschlossen worden. Inzwischen haben viele Versicherungsgesellschaften Prozesse gegen das INDeR eingeleitet, so dass der Fall jetzt schwieriger ist.

\*\*\*

**Die mit Sonnenblumen bebaute Fläche wird nach privaten Schätzungen dieses Jahr um 45% unter dem Vorjahr liegen.** Das ist vornehmlich auf niedrige Preise, aber zum geringeren Teil auch auf ungünstige klimatische Verhältnisse zurückzuführen.

\*\*\*

**Autopistas del Sol, die die Nordausfahrtautobahn und die Avenida General Paz in Konzession betreibt, hat \$ 150 Mio. in den Ausbau der General Paz investiert und jetzt die Brücke Puente de la Noria, an der Südausfahrt, fertiggestellt.** Der Bau hat 8 Monate beansprucht.

\*\*\*

**Die Exzellenzgruppe hat einen Absichtsbrief mit dem Krankenschutzunternehmen Omint über die Übertragung der Unternehmen TIM und Galeno Life unterzeichnet, die als SPM zusammengeschlossen wurden und nun 160.000 Mitglieder zählen.** Omint hat 120.000 Mitglieder, so dass das grösste Privatunternehmen der Branche (prepagas) entsteht. Der Preis soll bei \$ 105 Mio. liegen. Exxel steigt somit aus dem Krankenschutzgeschäft aus, das dem Holding Verluste brachte, die Omint jetzt durch die Wirtschaftlichkeit überwinden will, die sich

aus der neuen Grössenordnung des Gesamtgeschäftes ergibt.

\*\*\*

**Gemäss vorläufigen Angaben des INDEC lag die Arbeitslosigkeit im Oktober bei 15% der Arbeitsbevölkerung.** Das sind 2,02 Menschen, gegen 1,83 Mio. im Oktober 1999 und 2,08 Mio. im Mai 2000.

\*\*\*

**Die Provinzregierung von Buenos Aires hat in ihrem Parlament die Haushaltsvorlage 2001 mit Ausgaben von \$ 10,56 Mrd. eingebracht.** 35% davon, gegen 34,7% in diesem Jahr, sind für Erziehung vorgesehen. Das Defizit soll, bei einer angenommenen Zunahme der Einnahmen um 6%, um \$ 350 Mio. unter den für dieses Jahr geschätzten \$ 1,7 Mrd. liegen. Für öffentliche Bauten im Leasingverfahren werden \$ 355 Mio. verpflichtet. Sie werden durch einen Infrastruktur-Treuhandfonds von \$ 1,1 Mrd. für den 3-jährigen Investitionsplan gesichert.

\*\*\*

**Die wichtigsten im Haushaltsplan der Nationalregierung vom Senat durchgeführten Änderungen, mit denen die Vorlage an das Abgeordnetenhaus zurückgeht, sind:** a. Die Erdgassubventionen von \$ 100 Mio. für Patagonien sollen nicht wie vorgesehen von der staatlichen Verwaltungsbehörde Enargas, sondern von den Gouverneuren gehandhabt werden. b. Das von der Regierung eingebrachte Quotensystem für die Benzinsubventionen in Patagonien wurde zurückgewiesen. c. Von den Steuerrückstellungen aus Förderungen und ihren Steuerterminverschiebungen sollen die ersten \$ 350 Mio. an den Staat gehen, der Betrag ab \$ 350 Mio. bis \$ 500 Mio. an die Provinzen verteilt werden und die Einnahmen ab \$ 500 Mio. an den

Staat gehen. d. Zu den \$ 40 Mio. die die Provinzen zur Finanzierung nicht an den Staat übertragener Rentenkassen erhalten, kommen weitere \$ 20 Mio. e. Das Abkommen über die vom Staat bereits anerkannte Staatsschuld an die Provinz Santiago del Estero wird bestätigt.

\*\*\*

**Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat mit dem am 30.11. bekannt gegebenen Allgemeinen Beschluss Nr. 937 für die Steuerfälligkeiten 2001 bestimmt, dass Steuerpflichtige mit der letzten CUIT-Nummer 0 und 1 wieder als erste zahlen müssen.** Eidesstattliche Erklärungen und fällige Saldi sind für Einzelpersonen weiter vom 16. bis 20.4. fällig, für Unternehmen vom 16. zum 22.5. Die MwSt. ist ausser im Februar und Dezember, am jeweiligen 18. bis 22. fällig. Im Februar vom 16. bis zum 22. und im Dezember vom 14. bis zum 20. Für die Einheitssteuer bleibt der 20. des Vormonates für alle CUIT-Nummern in Kraft.

\*\*\*

**Energiesekretärin Giorgi gab bekannt, dass die Öffnung der Umschläge für die Ausschreibung der Comahue-Cuyo Hochspannungsleitung auf den 1.2.01 verschoben wur-**

de. Die Leitung ist Teil des Planes für das Bundes-Hochspannungsnetz, für den 43 Lastenhefte erworben und 2 Angebote eingebracht wurden.

\*\*\*

**Ein Verwaltungsgericht hat dem Schutzrekurs des staatlichen Ombudsmannes gegen die Fahrpreiserhöhungen der Stadtbusse statt gegeben.** Das Urteil bezieht sich nicht auf die Erhöhungen bei Eisen- und U-Bahnen. Die Wirtschaftsführung will Berufung einlegen. Die Preiserhöhung bei den Bahnkarten gestattet die Abschaffung der Subventionen von \$ 70 Mio. im Jahr, die von der Bevölkerung getragen werden, egal ob sie den Zug nimmt oder nicht.

\*\*\*

**Die Banco de la Nación hat der Provinz Buenos Aires einen Kredit von \$ 330 Mio. gewährt, damit sie die Gehälter und Weihnachtsremunerationen zahlen und das Jahr 2000 abschliessen kann.** Die Wirtschaftsführung der Provinz erklärte, dass es ein Überbrückungskredit sei, bis der geplante Treuhandfonds aus Aktiven geschaffen sei, möglicherweise durch die Privatisierung des Inkassos der Provinzaussenstände von rd. \$ 800 Mio. Die Provinz habe bereits \$ 250 Mio.

## Starker Absatzrückgang bei Kfz

Das Auslaufen des Eintauch-Verschrottungsplanes der Regierung und das geringe Wirtschaftswachstum des Landes haben im November im Vormonatsvergleich um einen Absatzrückgang von 35,3% auf 10.214 Kfz geführt. Im Vorjahresvergleich beträgt der Rückgang sogar 44,7%.

Die Produktion war mit 30.175 Kfz um 3% grösser als im Vormonat, jedoch um 10,9% geringer als im Vorjahresnovember. Die Ausfuhren lagen um 1,6% unter jenen des Vormonates legten jedoch im Vorjahresvergleich um 71,6% zu.

In den ersten 11 Monaten 2000 nahm die Kfz-Produktion im Vorjahresvergleich um 15,7% zu, die Werkslieferungen an die Konzessionäre hingegen um 16,7% ab, was auf die grösseren Ausfuhren zurückzuführen ist. Im Rahmen einer allgemein schwachen Industriekonjunktur konnte sich die Kfz-Fertigung relativ gut behaupten, allerdings auf Kosten der Unternehmenserenditen.

Die Konkurrenz auf dem Binnenmarkt, auf dem Renault mit 20,3% Marktanteil den ersten Platz einnahm, was sehr hart. Es folgten VW und Peugeot-Citroën mit je 17,1%, Fiat 14,2% und Ford 13,7%. Vertreter der Kfz-Hersteller erklärten, in diesem Jahr wie im Vorjahr insgesamt rd. \$ 600 Mio. Verlust erwirtschaftet zu haben. Ihr Fachverband hatte für November mit einem Absatz von 22.000 in- und ausländischen Kfz gerechnet. Verkauft wurden 11.000. Die Fabriken arbeiten mit 50% ihrer Kapazität und sind gezwungen, Mitarbeiter zu suspendieren oder abzubauen.

erhalten und erwarte die restlichen \$ 80 Mio. in den nächsten Tagen. Der Kredit koste 13% im Jahr und werde

aus dem Treuhandfonds zurückerstattet.

\*\*\*

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Auf Messers Schneide

Die mehrmonatige Vertrauenskrise steuert auf ihr Klimax zu. Die Exekutive bemüht sich beim Kongress, damit die beiden entscheidenden Gesetze baldmöglichst verabschiedet werden. Der von Justizialisten beherrschte Senat hatte in der Vorwoche den Bundesfiskalpakt ratifiziert, so dass die Deputiertenkammer das nachvollziehen kann, wo die Allianz eine knappe Mehrheit kontrolliert. Kraft dieses Paktes verpflichten sich die Nation und die Gliedstaaten (ausgenommen Santa Cruz), die Primärausgaben fünf Jahre lang praktisch einzufrieren. Das Haushaltsgesetz war hingegen vom Unterhaus gebilligt worden. Der Senat macht mit, behält sich aber Änderungen vor, die von der Deputiertenkammer sicherlich abgelehnt werden.

Diese beiden zentralen Fiskalauflagen sind die Voraussetzung für die sogenannte Panzerung, lies Finanzhilfen des Internationalen Währungsfonds und anderer vorerst nicht präzisierter Geldquellen, deren Beträge und Einzelheiten (Zinssätze, Fristen und dergleichen) möglicherweise in der kommenden Woche mitgeteilt werden. Unterdessen hält sie Wirtschaftsminister Machinea geheim und droht den Senatoren, dass mangels Panzerung die Beamtengehälter

nicht bezahlt werden können. Das soll ihnen offenbar Beine machen.

Die anderen beiden Strukturformen, die unterwegs sind, beziehen sich auf die Rentenreform und die Deregulierung der Krankenkassen. Die geplante Abschaffung des Umlageverfahrens, lies staatliche Rentenkassen, die Anhebung des Rentenalters für Frauen von 60 auf 65 Jahre, die Einsparung von \$ 200 Rentenzulage ab \$ 800 Monatsrente, die Mindestrente von \$ 300 im Monat und die neue Gnadenrente von \$ 100 im Monat für 75jährige, die keine Beiträge eingezahlt haben, einschliesslich Ausländer mit 15 Jahren Residenz im Land, sind Rentenreformen, die auf heftigen Widerstand bei Justizialisten und Frepaso-Parlamentariern stossen. Ob Präsident de la Rúa diese Reformen, die eine Senkung von Staatsausgaben mit sich bringt, per Notstandsdekret erlassen wird, oder ob er eine mögliche Niederlage im Kongress ins Auge fasst, bleibt abzuwarten.

Die Deregulierung der Krankenkassen mit freier Wahl der Arbeitnehmer zwischen gewerkschaftlichen Sozialwerken und privaten Krankenkassen ab 1. Januar 2001 ist längst unterwegs. Allerdings müssen noch mehrere Streitpunkte geklärt werden, ehe private Krankenkassen das Risiko

eingehen, künftig alle Interessenten, auch Kranke, annehmen sowie sämtliche Gesundheitsrisiken decken zu müssen, wobei klargestellt werden muss, was mit notleidenden Beiträgen geschehen soll. Vorerst haben keine privaten Krankenkassen Bereitschaft gezeigt, sich dem künftigen System anzuschliessen.

Beide Sozialsysteme, Renten und Krankenkassen, leiden unter der gewaltigen Säumigkeit und Hinterziehung der Sozialbeiträge auf die Lohnsummen, die nur knapp über 5 Mio. Arbeitnehmer und Selbstständige einzahlen, aber 7 Mio. hinterziehen. Laut Oktober-Bericht des Rentenkassenverbandes (AFJP) zahlen nur 4,2 Mio. der 10,5 Mio. Eingetragenen effektiv ein. Dadurch entgehen der Sozialverwaltung Anses angenommene \$ 13 Mrd. im Jahr, den privaten Rentenkassen AFJP \$ 4 Mrd., von denen die Hälfte in Staatstiteln angelegt wird, und den Sozialwerken \$ 3 Mrd. Die Lösung dieser Hinterziehung der Sozialbeiträge wäre für die Wirtschaft ungleich wichtiger als die Reformen, ebenso für die Staatskasse, weil dann Steuergelder das Defizit ausmerzen würden, die gegenwärtig die Sozialkassen finanzieren.

Während all diese grundlegenden Reformen diskutiert werden, sind die Devisenreserven der Zen-

tralbank um nahezu US\$ 5 Mrd. vom Höchststand von US\$ 27 Mrd. vor wenigen Monaten auf knapp über US\$ 22 Mrd. dieser Tage gefallen. Die Bankdepositen sind ebenfalls von maximal \$ 88,8 Mrd. auf etwas über \$ 87 Mrd. um nahezu \$ 2,0 Mrd. geschrumpft, teilweise als Folge der Senkung der Pflichtreserven zwecks Milderung der Zinssätze der Tagesgelder zwischen Banken, die zeitweise 24% per annum erreicht hatten. Hinter geringeren Devisenreserven und Bankdepositen steckt eine massive Kapitalflucht ins Ausland wie weiland zur Zeit der Tequila-Krise von 1995, als die Reserven um rund US\$ 5 Mrd. und die Depositen um \$ 8 Mrd. abnahmen. Offensichtlich fürchten argentinische Sparer, dass die argentinische Fiskalkrise gelegentlich in Abwertung und Zahlungseinstellung ausartet und bringen ihr Ersparnis ins Trockene.

Unterdessen leidet die Wirtschaft unter horrend hohen inländischen Zinssätzen, die namhafte Unternehmen in den Konkurs führen, die Arbeitslosigkeit hoch halten und den Wirtschaftsablauf hemmen.

Solange es nicht glaubhaft gelingt, das gewaltige Defizit der öffentlichen Hand rapide abzubauen, damit die Länderrisikoprämie wie weiland 1993 mit damals ausgeglichenen Kassen des Schatz-

amtes auf nur 300 Basispunkte über US-Treasuries fällt, werden nach wie vor groteske Zinssätze für Pfandkredite, Umlaufkapital und Investitionsfinanzierungen belastet. Argentinische Schuldner,

## Fiskaleinnahmen im November um 1,6% unter Vorjahr

Die gesamten Einnahmen des Nationalstaates aus Steuern, Sozialabgaben, Zöllen und Gebühren lagen im November mit \$ 3,92 Mrd. um 1,6% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 2,5% unter Oktober dieses Jahres. Der Rückgang wurde offiziell durch den Streik und die damit verbundene Verzögerung bestimmter Zahlungen erklärt. Indessen lagen die Einnahmen im Vorjahresvergleich ohne die Kosmetik, die dieses Mal durchgeführt wurde, um 4% niedriger, so dass das Ergebnis auch ohne Streikwirkungen negativ ausgefallen wäre. Besonders der Betrag der Rückgaben der MwSt., die manipulierbar ist, wurde gedrückt und lag mit \$ 83,4 Mio. um 13,8% unter dem Vorjahr und um 56,8% unter Oktober 2000.

Die Nettoeinnahmen der MwSt. lagen mit \$ 1,56 Mrd. um 3,3% unter dem Vorjahr, aber um 3,3% über dem Vormonat. Hier lagen die Einnahmen des Steueramtes um 1% unter dem Vorjahr und um 4% unter dem Vormonat, während die vom Zollamt einbehaltene MwSt. 9,5% unter dem Vorjahr und um 2,5% unter Oktober 2000 lag. Die vom Steueramt direkt eingenommene MwSt. spiegelt den Umsatz des Vormonats wider. Somit ergibt sich hier die sonderbare Lage, dass der Oktoberumsatz gegenüber September zugenommen hat, aber gegenüber Oktober 1999 gefallen ist. In den letzten Monaten 1999 setzte eine Erholung der Konjunktur ein, die dieses Jahr abgebrochen wurde. Die Wirtschaft scheint sich somit im Oktober dieses Jahres leicht erholt zu haben, liegt aber immer noch unter der gleichen Vorjahresperiode. Die Einnahmen aus den internen Steuern lagen im November um 10,6% unter dem Vorjahr und um ganze 22% unter Oktober. Dies deutet in die gleiche Richtung, aber verschärft, weil es sich hier um Artikel handelt, die konjunkturrempfindlicher sind.

Die vom Zollamt eingenommene MwSt. lag in 11 Monaten 2000 um 4,2% unter der gleichen Vorjahresperiode. Ebenfalls lagen die Zolleinnahmen in dieser Periode um 11,2% unter dem Vorjahr. In

die keinen Zugang zu einstelligen Auslandszinssätzen haben, sind die Gefangenen dieser Zinsfälle und kommen nur über die Runden, wenn sie genügend Eigenmittel besitzen, um zu überwintern.

absoluten Zahlen bedeutet dies einen Rückgang von \$ 477 Mio. Dabei waren die Importe in diesem Jahr etwa gleich wie im Vorjahr. Die Hauptursache dieses akuten Rückganges der Einnahmen liegt im schrittweisen Abbau der privaten Zollkontrolle (genannt „control de preembarque“). Im Laufe dieses Jahres wurden im März und dann im September zahlreiche Warengruppen von dieser Kontrolle ausgenommen, und sofort setzte eine starke Unterfakturierung ein. Während Präsident De la Rúa von privater Mitwirkung bei der Kontrolle und Eintreibung von Steuern spricht, wird in der Praxis genau das Gegenteil getan.

Die Einnahmen aus der Gewinnsteuer lagen mit \$ 817,6 Mio. im November um 3,4% unter dem Vorjahr und um 5% unter Oktober. Die Abnahme gegenüber dem Vormonat erklärt sich, weil im November keine Anzahlungen fällig waren. Aber gegenüber dem Vorjahr hätten die Einnahmen allein wegen der starken Erhöhung der Steuersätze steigen müssen. In 11 Monaten lagen die Einnahmen bei der Gewinnsteuer um 12,6% über dem Vorjahr, was den Rückgang im November noch unerklärlicher macht. Entweder die Hinterziehung und Säumigkeit haben stark zugenommen, oder die Gewinne der Unternehmen und die Einkommen im Allgemeinen sind drastisch zurückgegangen.

Bei der sozialen Sicherheit sind die persönlichen Beiträge zum staatlichen System um 3,7% gegenüber dem Vorjahr und um 3,6% gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Das erklärt sich durch den ständigen Übergang auf das private System (weil die neuen Beitragenden sich fast alle dem privaten System anschließen, während diejenigen, die in Pension gehen, aus dem staatlichen stammen), das eine Zunahme der Einnahmen im November von 7,3% gegenüber dem Vorjahr und von 11,2% gegenüber dem Vormonat verzeichnet. Die Unternehmensbeiträge sind um 10% gegenüber dem Vorjahr und um 8,8% gegenüber dem Vorjahr gefallen. Eine wahre Katastrophe; denn nur

etwa ein Drittel der effektiv zu zahlenden Beiträge werden gezahlt. Dies kann nur durch „Outsourcing“ der Kontrolle korrigiert

## Chile zwischen Mercosur und NAFTA

In der Vorwoche überraschte die chilenische Regierung ihre Partner im Mercosur mit der Meldung, dass die US-Regierung sich bereit erklärt habe, Freihandelsverhandlungen einzuleiten. Die Mitteilung hierüber erhielten die Regierungen Argentiniens und Brasiliens von der US-Regierung, nicht von Chile.

Allein diese Tatsache wirkte befremdend, ist doch Chile assoziiertes Mitglied des Mercosur. Seit längerer Zeit sind Bestrebungen im Gang, damit Chile als Vollmitglied zugelassen wird. Das ist freilich solange nicht machbar, wie die Mercosur-Zölle gestaffelt sind, von Null bis 35% auf den Wert der Importe, und Chile den Einheitszoll von 9% als nicht negoziabel ansieht, ausgenommen selbstverständlich landwirtschaftliche Produkte, die ähnlich wie in Europa fühlbar höher verzollt werden, sofern ihr Import nicht direkt verboten oder kontingentiert ist. Chile ist zudem bestrebt, Freihandelsabkommen, lies ohne Zölle, mit mehreren Ländern abzuschließen. Mexiko und Kanada haben bereits solche Vereinbarungen mit Chile getroffen, so dass ein Freihandelsabkommen mit USA etwa gleichwertig mit dem chilenischen Beitritt zur nordamerikanischen Freihandelszone wäre, im englischen Kürzel als NAFTA bekannt. Mit der Europäischen Union sind ebenfalls solche Verhandlungen unterwegs.

Die US-Regierung hatte in den letzten zehn Jahren die Vorschläge Chiles für solche Verhandlungen stets mit dem Hinweis auf die ausstehende Kongressermächtigung, genannt „fast track“, abgelehnt. Jetzt liest es die abgehende Clinton-Regierung indessen anders. Die Ermächtigung, mit Chile im Schnellverfahren zu verhandeln, ohne dass der Kongress die Vereinbarungen ändern, sondern nur billigen oder verwerfen darf, soll auch später nachziehen, wogegen inzwischen verhandelt werden darf. Ähnlich hatte die US-Regierung im damaligen GATT die Uruguay-Runde von 1986 bis 1994 ausgehandelt, wobei das Schnellverfahren erst kurz vor Abschluss zustande kam.

Allerdings sollen laut US-Erklärungen diese Verhandlungen mit den Auflagen erfolgen, dass auch über Sozialfragen, lies nied-

werden, die relativ einfach ist. Denn das staatliche Kontrollorgan, die AFIP, hat auf diesem Gebiet jämmerlich versagt.

rige Löhne in Chile, sowie über Umweltprobleme, lies die Verschmutzung der Umwelt chilenischer Kohlen- und Kupferbergwerke, verhandelt werden soll. Die chilenischen Delegationen werden sich einiges einfallen lassen müssen, wenn sie am Verhandlungstisch den Vertretern der US-Gewerkschaften und der Umweltfanatiker gegenüber sitzen.

Ausserdem pflegen die US-Unterhändler die Öffnung abgeschirmter Agrarmärkte wie in Chile scharf unter die Lupe zu nehmen. Sollten sie dabei Erfolg haben, indem sie Chile dergestalt Konzessionen abringen, dann würde Argentinien kraft Meistbegünstigung in der Welthandelsorganisation (WHO ex GATT) sowie im lateinamerikanischen Vertragswerk der Integration (spanisches Kürzel Aladi), gleiche Behandlung für eigene Agrarlieferungen nach Chile fordern.

Eine Simulationsstudie, die die chilenische Regierung vor mehreren Jahren in Hinblick auf die Verhandlungen mit USA in Auftrag gegeben hatte, kam zum Schluss, dass bei Nullzöllen in einem Freihandel die USA rund eine Milliarde Dollar mehr an Chile und dieses Land nur hundert Millionen mehr an USA liefern würde. Dieses Ergebnis einer Simulation deckt sich mit der Zollstruktur, die in USA bei 4% liegt, ausgenommen geschützte Produkte, und bei Chile mit besagten 9%, ausgenommen die Landwirtschaft. US-Lieferanten gewinnen am Freihandel, weil sie Konkurrenten aus Europa und Asien ausstechen, deren Waren mit Zoll belastet werden. Chiles Lieferanten dürften bei niedrigen US-Zöllen kaum Vorteile einheimen, sofern sie US-Märkte nicht jetzt schon beliefern können.

Anders verhält es sich mit dem Mercosur als Absatzmarkt für Chile, dessen Produkte gegenüber Drittländern mit Zollsätzen bis 23% (Kfz 35%) geschützt sind, wobei Nachbarschaftsvorteile anfallen, die Chile gegenüber NAFTA nicht genießt. Insofern sind die erwarteten Handelsvorteile Chiles im NAFTA zweifelhaft, aber handfest im Mercosur. Ob Chile als NAFTA-Mitglied andere Vorteile ergattert, allenfalls finanzieller Art, bleibt abzuwarten, hat doch Chile längst unbegrenz-

ten Zugang zur US-Finanz dank ausgeglichenen Staatskonten und „investment grade“ für Staatsbonds.

In Brasilien wurde die chilenische Kursschwengung mit deutlichem Missfallen aufgenommen, in Argentinien mit diplomatischer Reserve. Die Vollmitgliedschaft Chiles am Mercosur war ohnehin nur Gerede, weil sie an der Zoll-

diskrepanz scheitert, allenfalls höchstens Chile in die Entscheidungsgremien des Mercosur einbezogen hätte. Darauf wird Chile vorerst verzichten müssen, wie aus Brasilia deutlich verlautete. Chile kann nicht gleichzeitig die Vorteile der Mercosur-Mitgliedschaft und der zollfreien NAFTA genießen. Mercosur räumt chilenischen Lieferanten zollfreie Einfuhr mit

geschützten Märkten ein und verliert bei Nullzoll den gleichen Vorteil gegenüber US-Lieferanten in Chile.

Wer in Argentinien meinte, Chile könne im Mercosur das brasilianische Übergewicht ausgleichen, befand sich ohnehin auf dem Holzweg. Inzwischen bleibt abzuwarten, wie die Freihandelsverhandlungen zwischen USA und

Chile auslaufen, welche Auflagen Chile wird erfüllen müssen und welche Vorteile für das Nachbarland herauschauen mögen. Darüber wird die neue US-Regierung befinden. Mercosur wird von seinen Zielen deshalb nicht abgebracht werden, wie es die Sprecher in Buenos Aires und Brasilia bekräftigt haben.

<b>PREISENTWICKLUNG</b>											
Änderung in Prozenten I: gegenüber Vormonat, II: gegenüber Vorjahr											
Monat	Baukosten	Konsumentenpreise		Grossistenpreise Allgemein		Grossistenpreise: national					
		I	II	I	II	Nichtlandwirtschaftlich		Landwirtschaftlich		I	II
<b>1999</b>											
Oktober	0,0	-1,7	-0,1	-1,2	-0,1	-1,6	-1,8	-13,2	-0,2	-0,1	
November	-0,3	-1,8	-0,2	-0,4	-0,2	—	-6,0	-17,3	0,2	-0,2	
Dezember	-0,1	-1,8	0,5	1,1	-0,1	-1,3	-2,8	-15,3	0,2	0,1	
<b>2000</b>											
Januar	0,8	-1,4	1,2	2,9	0,1	-1,2	1,5	-9,1	-0,2	-0,4	
Februar	0,0	-1,3	0,9	4,4	0,0	-1,2	3,7	-3,4	-0,2	-1,2	
März	-0,5	-1,1	0,5	5,0	0,0	-0,5	0,1	-2,5	-0,1	-1,3	
April	-0,1	-1,1	-1,2	2,7	0,2	-0,3	-0,8	-6,6	-0,3	-1,2	
Mai	-0,4	-1,0	1,1	3,8	0,0	-0,3	1,9	-2,4	0,3	-1,3	
Juni	-0,2	-1,1	0,6	4,5	0,0	0,0	0,2	-2,2	-0,1	-1,7	
Juli	0,4	-0,9	-0,2	4,1	0,0	-0,1	0,8	-0,5	-0,5	-2,0	
August	-0,2	-0,7	0,2	4,1	-0,2	-0,2	-0,2	-1,6	-0,4	-2,0	
September	-0,2	-0,7	1,1	4,2	-0,9	-1,1	2,1	-0,9	-0,2	-2,2	
Oktober	0,2	-0,5	0,2	4,7	0,0	-1,0	3,1	4,2	-0,2	-2,2	
November	-0,5	-0,7	-0,2	4,8	-0,4	-0,4	-3,9	6,6	-0,3	-2,6	

Quelle: INDEC